PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 15. September 1915. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Kriegskosten.

Die dritte Kriegsanleihe hat mit mehr als zwölf Milliarden Mark einen Erfolg gebracht, den selbst rosig gestimmte Optimisten nicht erwartet haben. Wenn man bedenkt, daß Englands Kriegsanleihe in ihrem Gesamtbetrage mit allen möglichen Künsten noch nicht ganz diesen Betrag erbrachte, und daß Deutschland nunmehr insgesamt schon etwa 26 Milliarden Mark aus eigener Kraft an Anleihen aufgebracht hat, so bedeutet das eine Leistung, die der Welt die allerhöchste Achtung abnötigen muß. Trotz allem, was man bereits wieder in reichstem Maße im vorhinein versucht hat, um das Resultat der Anleihe im Auslande herabzusetzen. In der französischen und englischen Presse sind seit Wochen Artikel erschienen, die des langen und breiten die deutschen Finanzierungsmethoden kritisierten. Es kam den Artikelschreibern dabei natürlich nicht etwa auf wissenschaftliche Untersuchungen an. Der Hauptzweck war, die öffentliche Meinung in den uns feindlichen und in den neutralen Ländern darauf vorzubereiten, über einen eventuellen deutschen Anleiheerfolg mit der Beruhigung zur Tagesordnung übergehen zu können, daß es sich da im besten Falle um einen Riesenschwindel handelte. Dieses System der Blankoverdächtigung ist an und für sich gar nicht ungeschickt. Aber bei einer gewissen Größe des Erfolges ist schließlich wirklich nur dieser Erfolg maßgebend. Gesetzt den Fall, es würde sich bei der Art des Zusammenbringens der deutschen Anleihe tatsächlich um einen Riesenbetrug handeln, mit dem Deutschland die ganze Welt blufft, so haben unsere Gegner wirklich gar nichts davon, denn auch ein Betrug könnte ja Realitäten schaffen, die recht wirksam sind. Denn wenn irgend welche Finanzkunststücke es ermöglichen, daß man bereits über ein Jahr mit solcher Schlagkraft Krieg führen kann, wie das Deutschland tut, so sollte man meinen, unsere Feinde hätten alle Veranlassung, ihre Regierungen darauf hinzuweisen, daß sie lieber einmal den Versuch machen sollten, dieselben Manöver wie Deutschland anzuwenden, anstatt dauernd die Rolle der ehrlichen Klageweiber zu spielen. Sie würden allerdings mit solchen Hinweisen keinen praktischen Erfolg erzielen. Denn der ganze Zauber, den wir übten, beruht auf unserer Organisationsfähigkeit und auf unserer Vaterlandsliebe und vor allem auf dem unbedingten Vertrauen, das auch der kleinste Kapitalist in Deutschland in die Sieghaftigkeit unserer Waffen setzt. Deshalb können die Regierungen der anderen Länder unsere Methoden nicht nachahmen. Es wäre lächerlich zu behaupten, daß England nicht mindestens die gleiche Kapitalkraft zur Verfügung stellen kann wie Deutschland. Es würde auch durchaus der Wahrheit widersprechen, sich einzureden, daß Frankreich vor dem finanziellen Zusammenbruch steht. Aber es fehlt dort die Organisationsfähigkeit, die die vorhandenen Kräfte in den Dienst der Sache zwingt, die augenblicklich in Frankreich und England ebenso die allerwichtigste sein müßte, wie sie es bei uns ist. Es fehlt dort ferner das Vertrauen in den Sieg. Solches Vertrauen wäre dort eine Fantasterei. Denn man kann an einen Sieg nicht mehr glauben, seitdem Deutschland den Krieg

so tief in Feindesland hineingetragen hat, wie es augenblicklich der Fall ist. Man kann in den Zeitungen die Maske des Vertrauens zur Schau tragen. Aber wenn die Kapitalisten zur Barzahlung aufgerufen werden, dann fallen die Masken. Und man darf ein Volk im Kriege nicht nach dem beurteilen, was die Zeitungen schreiben, sondern nur nach dem, was die Kapitalisten einzahlen.

Es ist zweifellos, daß das Ausland an dieser dritten deutschen Kriegsanleihe in erheblich stärkerem Maße sich beteiligt haben wird, als bei den vorhergehenden Anleihen. Denn auch im neutralen Ausland ist das Vertrauen zu Deutschland gewachsen. Trotzdem aber bleibt auch für diese Anleihe die Tatsache bestehen, daß sie zum allergrößten Teil das deutsche Volk selbst aufgebracht hat. Ich habe früher schon darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Schachzüge unserer Feinde, die uns den Garaus machen sollten, in Wirklichkeit dazu beigetragen haben, das Fundament für unsere erstaunlichen wirtschaftlichen Leistungen in diesem Krieg zu legen. Wie weite Kreise aber der nützliche Zwang, alles im eigenen Hause anzufertigen, in unserem Volke gezogen hat, offenbart sich so recht erst bei der dritten Kriegsanleihe. Man hat diesmal alles, was möglich war, getan, um den kleinen Sparern die Beteiligung an der Anleihe zu erleichtern. Es läßt sich schon jetzt sagen, daß solche kleine Zeichnungen einen sehr erheblichen Prozentsatz zu den Gesamtzeichnungen stellen. Obwohl gerade die Einleger unserer Sparkassen schon bei den vorigen Anleihen sich wesentlich beteiligt hatten, sind heute die Sparkasseneinlagen in Preußen höher als zu Beginn des Krieges. Die kleinen Einleger haben nun vielfach bei den früheren Zeichnungen noch nicht den Mut gehabt, ihre kleinen Ersparnisse, die ihren Notgroschen bildeten, dem Reiche anzuvertrauen. Vielfach haben sie geglaubt, diese Beträge im Laufe des Krieges noch in bar nötig zu haben. Vielfach war ihnen der Ausgang des Krieges noch immer nicht so gewiß, daß sie meinten, auf das schnell einholbare Guthaben bei der Sparkasse verzichten zu können. Inzwischen aber haben sich die Verhältnisse gewaltig geändert. Heute verlangt das Reich von seinen Bürgern bei der Aufforderung zur Zeichnung auf Kriegsanleihe kein Opfer mehr, sondern es macht ihnen in Wirklichkeit ein Geschenk. Nie wieder bietet sich, insbesondere auch den kleinen Anlegern, eine auch nur annähernd so große Verzinsungsmöglichkeit für ihr Geld, und von dem Zinssatz ist heute keine Risikoprämie mehr zu fürchten. So erklärt es sich, daß die kleinen Sparer in größeren Massen als früher diesmal den Zeichnungsschaltern zuströmten. Dazu kommt aber weiter, daß gerade in der Zeit, die zwischen der Zeichnung der zweiten und der dritten Kriegsanleihe liegt, auch die vorhandenen Ersparnisse sich vermehrt haben. Es ist zweifellos, daß ein Teil der Kriegerfamilien durchaus nicht auf Rosen gebettet ist. Auch unsere vorzügliche Unterstützungsorganisation hat vielfach die Preissteigerung unserer Lebensmittel nicht wett machen können. Und die Verhütung dieser Preissteigerung ist leider nicht in dem Maße geglückt, wie wir es bei Beginn des Krieges noch erträumten. Aber gegenüber den vielen Familien des kleinen Mittel- und des Arbeiterstandes, die ein garnicht hoch genug anzuerkennendes Opfer in diesem Kriege durch die Herabdrückung ihrer Lebenshaltung auf das allernotwendigste bringen, stehen doch auch nicht wenig Arbeiterfamilien, die durch den Krieg ihre Verhältnisse haben konsolidieren können. Alle Arbeiter fast, die das Glück haben, jetzt arbeiten zu können und in der Kriegsindustrie beschäftigt zu sein, verdienen Löhne, die weit über das übliche Maß hinausgehen. In der ersten Zeit hat man vielfach gehört, daß mit den Ueberschüssen aus diesen Verdiensten unvernünftig umgegangen worden ist. Es ist falsch, über solche Ausschreitungen, wo sie passierten, die Nase zu rümpfen. Denn schließlich ist es nur zu begreifen, daß der auch einmal vom gedeckten Tisch essen will, der bislang nur kärgliche Mahlzeiten halten durfte, wenn er nun in die Lage kommt, die Völlerei zu bezahlen. Aber es ist kennzeichnend für den gesunden Sinn unserer Arbeiterschaft, daß die Klagen über derartige Unvernunft in der letzten Zeit fast ganz verstummt sind. Das rapide Anwachsen der kleinen Sparkassenguthaben zeugt davon, daß man vom Genuß zur Kapitalsanlage übergegangen ist. Und es ist klar, daß gerade aus solchen Arbeiterüberschüssen ebenso wie aus den Verdiensten der Armeelieferanten sehr erhebliche Summen für die Anleihezeichnungen geflossen sind. Wie sehr übrigens unsere Kapitalisten der Ueberzeugung leben, daß sie mit der

Zeichnung der Kriegsanleihe kein Risiko eingehen, sondern eine große Chance gewinnen, geht am besten daraus hervor, daß selbst da, wo augenblicklich flüssige Mittel nicht vorhanden sind, diesmal in reicherem Maße als früher bereits Zukunftsersparnisse angelegt worden sind. So hat es den Anschein, als ob insbesondere bei unseren Versicherungsgesellschaften mehr als früher Policendarlehen genommen sind, um das so gewonnene Geld in die Kriegsanleihe umzuwandeln.

Eine große Rolle bei dem Riesenerfolg dieser Anleihe hat nun allerdings ein Umstand gespielt, der auch auf die Abschließungspolitik unserer Gegner zurückzuführen ist, aber im ganzen volkswirtschaftlich nicht so sehr erfreulich ist. Es ist ja kein Geheimnis, daß wir nicht gerade einen Ueberfluß an Rohstoffen zu verzeichnen haben. Glücklicherweise brauchen wir insbesondere durch die Fortschritte unserer Technik nicht zu befürchten, daß uns schließlich diejenigen Rohstoffe fehlen werden, die wir zur Fortführung unseres Krieges am notwendigsten brauchen werden. Aber an vielen anderen Rohstoffen sind die Läger unserer heimischen Industrie in den letzten Monaten immer leerer geworden. Es ist allen Kaufleuten und Fabrikanten gelungen, diese Läger sehr vorteilhaft zu verwerten. Sie haben aber nicht nur den Gewinn aus solchen Verwertungen, sondern vielfach auch den Gegenwert für den Lagerbestand, der sich ihnen in Geld umgewandelt hat, in der Kriegsanleihe anlegen können. Wie die Dinge liegen, war das für sie eine vorteilhafte Anlage. Aber immerhin sind das keine Anlagen für die Ewigkeit, denn wenn unsere Industrie später wieder zu arbeiten anfangen wird, dann werden diese Anleihebeträge wieder in Geld zum Ankauf in Waren zurückverwandelt werden müssen.

Gerade an diesem Punkt taucht das Problem auf, das ich an anderer Stelle einmal als die wirtschaftliche Loslösung vom Feinde bezeichnet habe. Die Rückführung der Kriegsverhältnisse auf den normalen Wirtschaftszustand wird bei uns sicherlich nicht weniger Scharfsinn fordern, als die Ueberführung unserer Wirtschaft in den Kriegszustand erfordert hat. Noch weniger als bei Kriegsbeginn werden wir beim Ende dieses Krieges die Dinge ihren Gang gehen lassen können. Mit fester Hand wird auch hier die Organisation auf allen Gebieten eingreifen müssen. Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß nach dem Kriege die Privatkapitalisten des Auslandes in großem Maße deutsche Anleihen kaufen werden. Und sowohl diese Käufe als auch die Abstoßung von Auslandwerten, die sich in deutschem Besitz befinden, werden der endgültigen Placierung der deutschen Kriegsanleihen von Vorteil sein. Immerhin aber wird doch noch auch außerhalb des regulären Marktes die Notwendigkeit geschaffen werden müssen, die Rückverwandlung von Anleihen in Geld zu Betriebszwecken zu erleichtern. Nach dieser Richtung hin hat ja denn auch schon die amtliche Erklärung Klarheit geschaffen, die ausdrücklich darauf hinwies, daß unsere Darlehnskassen nicht etwa beim Kriegsende einfach ihre Tätigkeit einstellen, sondern noch über den Krieg hinaus erhalten bleiben werden. Das ist eigentlich etwas Selbstverständliches, denn den Darlehnskassen wird auch noch für eine gewisse Zeit nach der Beendigung des Krieges eine ganz wesentliche wirtschaftlich organisatorische Rolle zufallen.

Mit dem Betrage an Kriegsanleihen, die wir bisher aufgebracht haben, werden wir vermutlich bis zum Februar reichen, und wenn der Krieg dann noch nicht zu Ende sein sollte, so würden wir vermutlich erst frühestens im April wieder mit der Auflage einer Kriegsanleihe zu rechnen brauchen, da wir für zwei Monate mindestens ohne jede Störung die Vorschußtätigkeit der Reichsbank in Anspruch nehmen können. Darin liegt ja im wesentlichen der Vorteil des Systems, das wir im Gegensatz zu Frankreich befolgt haben, unser Zentralnoteninstitut nicht durch dauernde Darlehne seitens des Staates zu belasten. Die Vorschüsse, die vorübergehend durch Diskontierung von Wechseln und von Schatzscheinen von der Reichsbank gewährt wurden, hat sie zunächst zu einem erheblichen Teile durch die Diskontierung an die Privatbanken abwälzen können, da diese bei ihrem andauernden Geldüberfluß die Staatswerte gern übernahmen. Die verbleibenden Restdarlehen der Reichsbank sind dann stets durch die Erträgnisse der Kriegsanleihen prompt zurückgezahlt worden. Infolgedessen war die Reichsbank jederzeit in der Lage, bei vorübergehendem Geldbedarf einspringen zu können. Daraus resultierte dann für die Reichsfinanzverwaltung der Vorteil, daß sie sich in Ruhe für die Aus-

gabe neuer Kriegsanleihen den Zeitpunkt aussuchen konnte, der ihr am geeignetsten schien. Auf diese Weise konnte der Staat andererseits auch stets ein prompter Zahler sein. Nicht nur, daß für Lieferungen jederzeit sofort bar gezahlt wurde. Die auftraggebenden Stellen unserer Armeeverwaltung leisteten teilweise auf Bestellungen sehr erhebliche Vorschüsse.

Wenn man den Betrag unserer drei Kriegsanleihen auf rund 26 Milliarden beziffert, so wird sich die gesamte Staatsschuld des deutschen Reiches einschließlich der Schulden der deutschen Königreiche und des Großherzogtums Baden auf rund 45 Milliarden stellen. Das ist natürlich eine ganz enorme Vermehruug, die uns, wenn wir nicht mit einer erheblichen baren Kriegsentschädigung rechnen könnten, in unserem Zukunftsbudget drückend fühlbar machen müßte, denn es würde einer jährliche Mehrbelastung von etwa 1½ Milliarden Mark bedeuten. Dem gegenüber ist es nun einmal von Interesse, die Verhältnisse von Frankreich und England vor Augen zu führen. Bei beiden Ländern sind wir auf Schätzungen angewiesen, weil sowohl die französischen als auch die englischen Veröffentlichungen nicht mit der gleichen Offenheit erfolgt sind, wie sie z. B. der deutsche Reichsschatzsekretär geübt hat. Frankreich hatte vor dem Krieg rund 25 Milliarden Mark Staatsschuld. Bis Ende August beliefen sich die Vorschüsse bei der Bank de France, die Nationalverteidigungswechsel, die Obligationen der Nationalverteidigung und die englischen Vorschüsse insgesamt auf mindestens 17½ Milliarden Franken, also auf rund 14 Milliarden Mark. Wir würden mithin auf eine Gesamtschuldensumme von 39 Milliarden Mark in Frankreich kommen. Diese Summe stellt aber den Status nur bis Ende August 1915 dar. Berechnet man den Kriegsverbrauch Frankreichs auf 40 Millionen Mark pro Tag, der sicher eher zu niedrig als zu hoch ist, so würde das 1,2 Milliarden Mark pro Monat, für September bis zum Februar also rund 7 Milliarden ausmachen. Schlägt man diese 7 Milliarden hinzu, so ergibt sich für Frankreich eine Schlußsumme von 46 Milliarden an Staatsschulden. England hat bisher nominell rund 22 Milliarden Mark an Kriegsanleihe und Schatzwechseln aufgebracht. Seine Staatsschuld war vor dem Krieg 13,4 Milliarden Mark, so daß es bis heute seine Schulden auf rund 36 Milliarden vermehrt haben dürfte. Der Tagesverbrauch in England beträgt 80 Millionen Mark schätzungsweise. Das heißt pro Monat rund 2½ Milliarden; bis zum Februar würde es mithin 15 Milliarden verbraucht haben. Man wird aber diese ganze Summe nicht als Anleihen in Rechnung stellen dürfen. Denn England hat bereits seine Steuern erheblich erhöht und wird aus der weiteren Erhöhung der Einkommensteuer und der Einführung gewisser Zölle und Verbrauchssteuern einen nicht unwesentlichen Betrag herauswirtschaften. Immerhin wird man aber mindestens 12 Milliarden zu der jetzigen Summe hinzuschlagen und mithin annehmen dürfen, daß bei einer Kriegsdauer bis Februar (die übrigens nicht anzunehmen ist), seine Schulden insgesamt auf mindestens 47 Millionen Mark vermehrt haben. Die Summe der Staatsschulden würde mithin im Monat Februar in Deutschland, Frankreich und England vollkommen gleich sein. Bei diesem Vergleich habe ich jedoch, wie ich nochmals ausdrücklich hervorheben möchte, in Deutschland die Summe der Schulden der wichtigsten Bundesstaaten mit eingesetzt. Das Deutsche Reich hatte ja bekanntlich bei Beginn des Krieges nur wenig über 5 Milliarden Schulden, Preußen und die übrigen wichtigen Bundesstaaten zusammen 15 Milliarden. Dadurch ergibt sich, daß die Ziffer für das deutsche Reich etwas ganz anderes bedeutet als die Ziffer für England und für Frankreich. Denn die Schulden der deutschen Einzelstaaten belasten die Steuerkraft relativ gering. Sie sind zu einem ganz erheblichen Teil Eisenbahnschulden. Mindestens stellen die Einnahmen aus Eisenbahnen, Forsten und ähnlichem einen ganz erheblichen Teil ihrer Verzinsung. In England und Frankreich dagegen muß der gesamte Anleihebetrag aus den Steuern aufgebracht werden. Es kommt weiter hinzu, daß nach der jetzigen Lage der Dinge auf den Kriegsschauplätzen wir mit Sicherheit darauf rechnen können, unsere Schuldbelastung erheblich durch Kriegsentschädigung vermindert zu sehen. Selbst aber, wenn wir keinen Pfennig Kriegsentschädigung bekommen würden, so würden die okkupierten Gebiete, die wir dann ja selbstverständlich behalten würden, ein erhebliches Mehr an Steuereingängen bringen, die die Last der neuen Zinsen erheblich verringern. Solche Aussichten bestehen in England und in Frankreich nicht. In Frank-

reich muß man im Gegenteil mindestens damit rechnen, daß ganz wesentliche Steuerausfälle entstehen, wenn man schon nicht mit einer Mehrbelastung an Schulden durch Kriegsentschädigungen rechnen will. Endlich muß aber noch in Betracht gezogen werden, daß in den deutschen Kriegsaufwendungen durchaus nicht nur die rein militärischen Kosten stecken. Deutschland hat ein großzügiges System der Unterstützungen geschaffen, das das Reich stark belastet. Deutschland hat außerdem recht erhebliche Kosten durch die Verwaltung der okkupierten Gebiete. Endlich aber ist die deutsche Rechnung auch die reellste. In unserer Kostenberechnung bis Februar steckt alles, was der Krieg bis dahin erfordern wird. Frankreich insbesondere aber hat anscheinend in seinen bisherigen Angaben nur immer das gerechnet, was auch wirklich bezahlt worden ist; das, was hängt und schwebt, hat es vor der Hand nicht beachtet.

Schon aus diesen Gegenüberstellungen geht hervor, wie mißlich die Lage unserer Gegner in finanzieller Beziehung gegenüber der deutschen Finanzlage ist. Wir haben aber außerdem noch die Genugtuung, daß auf finanziellem Gebiete die Zeit unser allerbester Bundesgenosse ist. Als Lloyd George seine berühmte Rede über die „silbernen Kugeln" hielt, da glaubte er noch, die Weisheit aussprechen zu können, daß derjenige siegen werde, der die letzte Milliarde aufzubringen vermag und daß die Zeit für England ficht. Er wußte anscheinend damals noch nicht, daß jeder Tag des Krieges gerade England unendlich viel mehr kostet als Deutschland. Der Staatssekretär Helfferich hat jüngst im Reichstag die deutschen Kriegskosten auf rund zwei Milliarden Mark im Monat berechnet. Das würde etwa sechzig Millionen Mark im Tage sein. Diese Summe erscheint mir sehr hoch und ist sicher überehrlich mit allem, was drum und dran hängt, berechnet. Man hat im Anfang die Mobilmachungskosten mit etwa zwei Milliarden Mark und den täglichen Verbrauch auf 30 Millionen veranschlagt. Inzwischen hat sich natürlich die Zahl der eingezogenen Mannschaften vermehrt. Die Kosten für Unterstützungen sind gewachsen und auch die Anschaffungen für die Ernährung und Versorgung der Armee sind erheblich gestiegen. Trotz alledem erscheint mir ein Tagessatz von 60 Millionen Mark als sehr reichlich. Aber nehmen wir ihn einmal als gegeben an, so ist er doch noch niedrig gegenüber dem englischen Verbrauch. Die Schätzungen der englischen Tageskosten bewegen sich zwischen 80 und 95 Millionen Mark. Der letzte Betrag dürfte sehr übertrieben sein. Aber jedenfalls hat man unter 80 Millionen keine Schätzung gehört. Mithin kostet jeder Tag der Kriegsführung England immer 20 Millionen Mark mehr als Deutschland. Frankreichs Kosten werden nach den Ausführungen des Finanzministers in der früheren Kammertagung auf etwa 40 Millionen Mark geschätzt. Inzwischen dürften sich aber dort die Ausgaben auch vermehrt haben. Jedenfalls aber bedeutet für das seelenarme Frankreich ein täglicher Aufwand von 40 Millionen erheblich mehr als der deutsche Tagesaufwand von 60 Millionen. Mindestens ebensoviel als die englische Ausgabe von 80 Millionen. Bei allen diesen Vergleichen muß ja überdies in Betracht gezogen werden, daß Deutschland nächst Rußland in diesem Kriege bei weitem die größte Zahl von Soldaten auf den Beinen hat. Deutschland erzielt also mit seinem Aufwand den erheblichsten Nutzeffekt, während bei der geringen Zahl englischer Soldaten der englische Tagesaufwand geradezu unglaublich erscheint. Jedenfalls wie immer man auch die einzelnen Summen wertet, soviel ist schon heute ohne weiteres klar, der Krieg trifft finanziell unsere Gegner je länger er dauert, immer schärfer als uns.

Nach dieser Richtung hin muß man ja doch auch berücksichtigen, daß England und Frankreich jetzt in Amerika Anleihen aufzunehmen gezwungen sind, um sich durch die weitere Entwertung ihres Wechselkurses nicht weiter ihre Materialbeschaffung zu verteuern. Dagegen hat Deutschland in dieser Beziehung den Höhepunkt überschritten. Denn während französische und englische Wechsel im Auslande noch dauernd an Wert einbüßen, hat die Entwertung der deutschen Valuta schon seit einiger Zeit einen Stillstand erfahren. Es zeigt sich jetzt eine deutliche Wendung zum Besseren, die nicht bloß durch eine sehr geschickte Goldpolitik unserer Reichsbank erzielt ist, sondern auch auf das Steigen des Vertrauens des Auslandes zu den deutschen Waffenerfolgen zurückgeführt werden muß. Die Auslandsbeteiligungen an der letzten Kriegsanleihe werden nach dieser Richtung hin noch weiter einen wohltätigen Einfluß ausüben.

Intrigen der Vierverbandsdiplomatie.

Von Myson.

I.

Die Propaganda unter den rumänischen Studenten.

Die amerikanische und die Vierverbandspresse können sich gar nicht genug tun an den härtesten Beschuldigungen und Beschimpfungen der deutschen und österreichischen offiziellen und offiziösen Vertreter in den „Vereinigten Staaten", denen sie vorwerfen, Zwiespalt unter den Bürgern der großen amerikanischen Republik zu erregen versucht zu haben. In Wahrheit haben die Herren Graf Bernstorff und Dr. von Dumba, sowie auch die ihnen zur Verfügung stehenden Hilfskräfte nur ihre Pflicht getan, indem sie gegen die sehr kommentwidrige Weise, auf welche die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Neutralität auslegt, und auf die unerhörte Propaganda des Vierverbandes in sehr bescheidenem Umfang, dazu auf eine durchaus nicht ungesetzliche Art, reagierten. Ihr Pech, wenn man von einem solchen reden kann, war nur, daß sie auf das Mittel des Diebstahls, den man gegen sie anwendete, nicht vorbereitet waren und daß sie Herrn Archibald für einen Briefträger hielten, an dessen Person sich niemand vergreifen werde. Hierin haben sie geirrt, aber weder die Briefe, die aus der deutschen Botschaft auf verbrecherischem Wege entwendet wurden, noch das Schreiben Herrn von Dumbas, das die Engländer Herrn Archibald widerrechtlich abnahmen, enthalten irgend etwas, dessen sich ihre Schreiber zu schämen hätten. Wenn trotzdem Herr Wilson und Herr Lansing auf die Abberufung Herrn von Dumbas bestanden haben, so spielt man ja in Amerika gern den „Uebermoralischen", zumal wenn die einflußreiche Presse diese Komödie fordert!

Um aber zu zeigen, wie lächerlich aus dem Munde des Vierverbandes und der amerikanischen Presse die wilden Antlagen gegen Deutschland und Oesterreich wirken, sei einiges von den Intrigen der Diplomatie dieser Staaten berichtet, einiges, was sich entweder jüngst oder in den letzten Jahrzehnten abgespielt hat. Man könnte, wie mir einmal ein österreichischer Diplomat sehr richtig sagte, allein mit der notdürftigsten Aufzählung der serbisch-russischen Machenschaften die lange Reihe aller Bände eines Konversationslexikons füllen, dazu gebricht natürlich mir der Raum und meinen Lesern wohl die Aufnahmefähigkeit. Es können also in den folgenden Artikeln nur wenige Stichproben gegeben werden. Immerhin werden sie genügen, um manchen und manches aufzuklären. Zum Beginn dieser kleinen Serie mag eine Geschichte aus allerneuester Zeit gestellt werden, die von der von Rußland bezahlten Propaganda unter der rumänischen Studentenschaft handelt, einer Propaganda, um Rumänien in den Krieg gegen uns zu treiben und, falls König Ferdinand dem widerstrebt, ihn nach bekannten russischen Mustern zu „entfernen".

König Karol sagte in den ersten Monaten dieses Krieges zu einem ihn besuchenden Deutschen, als er lärmende und schreiende Studenten vor seinen Fenstern vorüberziehen sah, die nach Eintritt Rumäniens in den Kampf an Seite des Vierverbandes stürmisch verlangten: „Ich weiß ganz genau, was eine solche Demonstration kostet und woher für sie das Geld stammt!" Der Monarch erwähnte die betreffenden Adressen nicht, man kann sie aber ergänzen: Strada Lascar Catargi 13 (französische Gesandtschaft), Strada Jules Michelet 24 (englische Gesandtschaft) und Calea Viktorei 33—35 (russische Gesandtschaft). Letztere Adresse ist die belangvollste. Welche Unsummen auf die Bestechung des rumänischen Volkes systematisch von diesen Zentralen aus hergegeben wurden seit Jahren schon, wird sich nie genau feststellen lassen. Die Höhe der Summe ist aber jedenfalls eine solche, daß sie selbst den Neid der Familie Costinescu erregen müßte!

Speziell hatte man es auf die Studentenschaft abgesehen, deren Professoren ganz im französischen Banne stehen und leicht dafür zu gewinnen sind, ihre gelehrten Augen zu schließen, um nichts von der russischen Intrige zu merken. Es gab aber sogar einige ideal veranlagte Chauvinisten unter der akademischen Jugend, und diese beschlossen, als der große Krieg ausbrach, ein eigenes Studentenwochenblättchen zu gründen, das für die „gute Sache" sich einsetzen sollte. Das Format und der Inhalt des Blättchens erregte allgemeine Heiterkeit in Bukarest, nachdem man es einige Wochen aus Neugier gekauft hatte, ging es ein, wie eine Pflanze, der das nötige Wasser mangelt. Es zu „begießen" hatten nämlich die Gesandten der Zentralmächte keine Veranlassung, weil es gar zu dumm gemacht war.

Aber aus der russischen Gesandtschaft kam ein nicht mißzuverstehender Wink: „wenn man die Sache besser mache, so ließe sich allenfalls darüber reden." Hierdurch begeistert, gründete ein sicherer Alexander Popescu Berca ein neues Studentenorgan, dessen Hauptzweck es sein sollte, die „Gekauften" (nämlich von den Zentralmächten) zu zerschmettern, und daher legte sich auch das Blatt den volltönenden Namen „Fulgerul" (Blitz) zu, es sollte vernichtend einschlagen. Seine Mitarbeiter und sein Herr Direktor versicherten merkwürdigerweise öffentlich, sie selbst seien nicht gekauft, aber qui s'excuse, s'accuse! Das „edle" Blatt, das in bei weitem größerem Format und anständigerer Ausstattung als sein Vorgänger erscheint, tobte zunächst in der unflätigsten Weise gegen Herrn Carp und Herrn Marghiloman, und als man sein Geschrei nicht genug beachtete, vergriff es sich an der Person des Königs. Die Artikel, die gegen ihn gebracht wurden, spotteten so jeder Beschreibung, daß man ihren Inhalt auch nicht annähernd wiedergeben kann. Aber ein Blatt, vornehmlich wenn seine Herausgeber und Mitarbeiter sehr „standesgemäß" leben wollen, kostet Geld, sogar sehr viel Geld, und nun galt es, den russischen Gesandten zu mahnen; es wurde also an einen der russischen Agenten geschrieben: das Blatt sei doch

einer festen, nicht zu kleinen monatlichen Subvention durch das heilige Mütterchen wert, ganz besonders, wenn man sich verpflichtete, alles, was aus der russischen Gesandtschaft ihm übermittelt werde, anstandslos abzudrucken! Es ist auf dieses bescheidene Ansuchen ganz gewiß keine verneinende Antwort eingetroffen, leider kennt man sie nicht, aber man weiß, durch Dokumente, daß plötzlich auch andere einflußreiche Leute dem „Fulgerul" Geld zukommen ließen, über das die Quittungen vorliegen.

Es hatte sich nämlich ein „Verräter" im Lager des Fulgerul gefunden, und die betreffenden Briefschaften kamen nicht nur an ihre eigentlichen Adressen, sondern auch an die Redaktion eines sehr anständigen Bukarester Blattes. Dieses veröffentlichte zunächst den Bettelbrief an die russische Gesandtschaft. Darob großes Geschrei unter der Studentenschaft, und das Blatt wurde der gemeinen Verleumdung laut angeklagt, auch der Rektor der Universität — der Bruder Herrn Take Jonescu's — behauptete solches aus guten Gründen. Er ahnte nämlich nicht, daß noch andere Papiere im Besitz der betreffenden Redaktion seien.

Diese ließ aber mit deren Veröffentlichung nicht lange auf sich warten. Am 7. September erschien folgender Brief in den Spalten ihres Blattes abgedruckt, eine Zuschrift eines Studenten:

„Sehr geehrter Herr Direktor! Ich war das Opfer eines Bestechungsversuchs des Herrn Banu, Vorsitzender des Studentenzentrums, der mich zu verführen und aus einem ehrlichen Menschen in einen Schuft und gemeinen Spion zu verwandeln suchte. Als Preis des Verrats und der Spionage ... wurden mir große Summen und die Protektion der Herren Filipescu und Take Jonescu angeboten (der Student sollte nämlich gegen einige andere Studenten als Zeuge auftreten, sie seien von Deutschland bestochen!). Zu Herrn Filipescu schickte er mich mit beiliegender Visitenkarte, die an den Sekretär Herrn Filipescus gerichtet ist. Ich bitte, sie im Faksimile zu reproduzieren, damit die ganze Welt erfährt, wer der Bestecher und wer die Bestochenen sind. Ich wollte sehen, wie weit Herr Banu (bis vor kurzem einer der Mitarbeiter und Freunde des Herrn Popescu Berca vom Fulgerul) in seiner Verworfenheit gehen würde, und nachdem ich mich genügend nunmehr informiert habe, übergebe ich ihn der öffentlichen Verachtung. Ich bitte Sie, den Brief zu veröffentlichen usw.

Nicolas N. Torjescu, Student der Rechte"

Die Karte lautet:

G. Banu
Vorsitzender des Studenten-Zentrums
Interner der Zivil-Spitäler
Bucuresti

Lieber Craccun!

Du weißt, wie sehr ich mit den Verrätern kämpfe. Wenn Du auf Trojescu hörst und ihn subventionierst, dienst Du unserer heiligen Sache. Schau nach dem Photographen, ich umarme Dich Banu.

Aber schon zuvor hatte das gleiche Blatt über den Fulgerul und Popescu Berca weitere interessante Aufschlüsse gegeben. Erstens am 2. September Quittungen über Geldsummen, die von den Herren Filipescu und Take Jonescu gegeben wurden (den beiden größten Russophilen Rumäniens, Russophilen aus gar nicht sehr geheimnisvollen Gründen).

I. Quittung Nr. 306. Empfangen von Herrn N. Filipescu aus Bukuresti die Summe von Lei 400 (vierhundert). Direktor-Administrator Al. Popescu Berca. 22. Juli 1915. II. Quittung Nr. 307. Empfangen von Herrn Take Jonescu aus Bukuresti die Summe von Lei 500 (fünfhundert). Direktor Al. Popescu Berca. 27. Juli 1915!

Welch merkwürdiger Zufall doch, daß die Herren Filipescu und Jonescu just am nämlichen Tag das übermächtige Bedürfnis fühlten, den „Fulgerul" zu „unterstützen"! Wirklich höchst sonderbar! Und ebenso sonderbar, daß Herr Al. Popescu Berca, kurz ehe er diese Quittungen ausstellte, die ja nur Stichproben aus einer ganzen Reihe ähnlicher Dokumente darstellen, sich an die russische Gesandtschaft um Subvention gewandt hatte. Dieser so würdige Agent, der falsche Zeugen anzuwerben sucht, um andere als Bestecher hinzustellen, dieser studentische Tartuffe ist eine höchst widerliche Erscheinung!

Die Wucht der öffentlichen Anklagen, speziell der Abdruck des Faksimiles des Bettelbriefes an die Russen, war aber doch so groß, daß die Herren Take Jonescu und Filipescu dem von ihm abhängigen Studenten-Zentrum den Rat geben mußten, Herrn Popescu Berca vorläufig fallen zu lassen; wahrscheinlich wollten sie es auch deshalb schon, weil der Mann ungeschickt genug gewesen war, ihre Quittungen in andere Hände gelangen zu lassen. Denn bereits am 4. September konnte das gegen die russische Intrige unter den Studenten kämpfende Blatt schreiben:

„Als wir mitteilten, daß ein altes „bemoostes Haupt", der Student Alexander Popescu Berca, angeblich Direktor-Verwalter des sog. Studentenorgans ist, in welchem Gift gegen das Andenken des großen Königs Carol gespritzt wird, in welchem König Ferdinand mit einer unsagbaren Gemeinheit beschimpft wird, warf uns der Take Filipescusche Zeitungskonzern vor, daß wir einen sehr anständigen Akademiker angriffen, der ja auch nur auf seine Weise der Verwirklichung des nationalen Ideals nachstrebe. Vor drei Tagen veröffentlichten wir ein Faksimile des reizenden Briefchens, das Alexander Popescu Berca dem Herrn Poklewski zuschickte mit der Bitte um Rubelchen, damit er die Flamme des Irredentismus bei uns erhalten und die „Verkauften" bekämpfen könnte. Erst wurden wir der Verleumdung angeklagt, nun aber erscheint ein Kommuniqué des (Take Filipescuschen) Studentenzentrums, das zugeben muß, daß unsere Veröffentlichungen der Wahrheit entsprechen!" Nachdem sodann das betreffende Kommuniqué abgedruckt ist, heißt es weiter: „Der „Fulgerul" zeigt trotzdem an, er werde ruhig weiter erscheinen! Mit wessen Geld aber?"

Nun, diese Frage ist nicht allzu schwer zu beantworten, wenn auch die Beiträge der Herren Jonescu und Filipescu für einige Zeit, offiziell wenigstens, eingestellt werden müssen, der gute Herr Poklewski wird

für die idealistisch gesinnten jungen Männer vom Schlag des Herrn Alexander Popescu Berca stets einige Rubelchen in Bereitschaft haben, auch einige Tausend Rubelchen! So können der „Ehrenwerte" und seine Freunde dann weiter die „Verkauften" bekämpfen, immer mit der gleichen sittlichen Entrüstung. Und der ehrenwerte Herr Banu, der Verräter anzuwerben sucht, die falsches Zeugnis ablegen sollen, und der Vorsitzende des Studentenzentrums, der Herrn Berca wegen bewiesener Unmoralität ausschloß, wird auch weiterhin „unterstützt" werden, um mit voller Kraft für Väterchens Interesse arbeiten zu können. Denn wenn man auch die Rubelnoten vorsichtshalber in Lei umwechselt, ehe man die Honorare zahlt, so ist doch der rollende Rubel die bewegende Kraft, die diesen studentischen „Idealismus" zu so „schönen Taten" veranlaßt!

Doch genug von ihnen, sie sind nur ein tragikomisches Vorspiel zu Berichten, die Kunde von Geschehnissen geben, die nicht, wie in diesem Fall, nur im Kleinen korrumpierten, sondern im Großen und ganz Großen! Die Geschichte der Diplomatie der Vierverbändler von heute ist überreich an solchen Geschehnissen!

Die Kriegskreditbanken.

Von Curt Eisfeld-Berlin.

II*).

Die Geschäftsentwicklung bei den einzelnen Kriegskreditbanken war sehr gering. Da die Banken meistens erst im Spätherbst 1914 oder zu Anfang 1915 errichtet worden waren, liegen Geschäftsberichte erst von einigen Instituten vor, die ihr erstes Geschäftsjahr in der Zeit vom 31. Dezember 1914 bis 30. Juni 1915 enden ließen. Nach der bereits erwähnten Regierungsdenkschrift bestanden Mitte Mai an folgenden 34 Orten Kriegskreditbanken: Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., Posen, Osnabrück, München, Offenbach a. M., Mainz, Stuttgart, Halle, Cassel, Dresden, Elberfeld, Nürnberg, Meiningen, Augsburg, Königsberg, Dessau, Breslau, Bromberg, Lübeck, Pforzheim, Leipzig, Hagen, Hannover, Bremen, Erfurt, Altenburg, Weimar, Mülhausen i. Els., Freiburg i. B., Greiz, Wiesbaden, Straßburg i. Els.

Soweit von diesen Banken Angaben zu erhalten waren, sind sie in nachstehende Tabelle aufgenommen (Beträge in Tausend Mark):

Kriegs-kreditbank	Kapital	davon eingezahlt	Kreditgesuche überhaupt	bewilligt	benutzt	Kredite am Abschlußtage
Von der Errichtung bis zum 31. Dezember 1914						
Groß-Berlin .	18 000	4 575	—	10 697	—	4 653
Hamburg . . .	15 850	3 963	—	13 750	—	7 969
für Sachsen . .	11 409	2 953	5 718	3 385	—	1 429
Leipzig.	4 250	1 063	—	1 429	—	874
München . . .	4 000	3 000	3 441	1 162	1 148	934
Nürnbg.-Fürth	2 000	500	709	457	224	217
Elberfeld . . .	1 200	300	—	860	—	—
Frankfurt a. M.	1 023	1 023	—	600	400	358
für Anhalt . .	750	188	288	192	—	100
Halle a. S. . .	500	140	193	72	40	39
Augsburg . . .	475	118	411	192	176	107
Breslau	50	50	—	—	30	30
Von der Errichtung bis zum 31. März 1915						
Württemberg	2 900	740	4 605	1 593	—	1 069
Von der Errichtung bis zum 30. Juni 1915						
Nürnbg.-Fürth	2 000	500	2 083	1 323	1 071	697
Elberfeld . . .	1 200	300	—	1 717	—	916
Mainz	258	258	—	36	—	26
Offenbach . . .	150	150	187	159	124	47

*) Vergleiche Plutus 1915, S. 338.

Einzelne Banken sind mit ihren Angaben sehr sparsam, sie beschränken sich auf eine kurze Umschreibung der Bilanzzahlen. Andere dagegen ergänzen im Geschäftsbericht die Bilanzangaben sehr ausführlich. Vorbildlich hierfür ist die Kriegskreditbank Nürnberg-Fürth, die ihren Vierteljahresabschluß mit ausführlichen Erläuterungen und sehr gutem statistischen Material herausbringt. Bemerkenswert an der Tabelle ist besonders die relativ hohe Inanspruchnahme der Kriegskreditbank in Hamburg, deren Kreditbewilligung die der Berliner um etwa 3 Millionen ℳ übersteigt. Von den eingeräumten Krediten ist bei den einzelnen Banken ein sehr verschieden hoher Gebrauch gemacht worden. In München waren am Bilanztage 80 % der bewilligten Kredite in Anspruch genommen, in Leipzig 61 %, in Frankfurt a. M. 60 % und in Hamburg 58 %. Auf der anderen Seite ist bei einigen Banken noch nicht die Hälfte der eingeräumten Kredite benutzt worden, für die sächsische Kriegskreditbank betrugen die laufenden Kredite am Bilanztage 42 %, in Berlin 43 % und in Nürnberg-Fürth 47 %. Bei den Banken, deren Bilanz erst nach dem 31. Dezember 1914 abgeschlossen wurde, sind die Geschäfte etwas umfangreicher geworden. Dies zeigt sich in den Zahlen von Nürnberg-Fürth und Elberfeld. Der Betrag der in Elberfeld bewilligten Kredite hat sich im ersten Halbjahr 1915 genau verdoppelt, in Nürnberg-Fürth fast verdreifacht. In verschiedenen Geschäftsberichten findet sich die Bemerkung, daß das Geschäft sich im neuen Geschäftsjahre etwas ausgedehnt habe. Die Kriegskreditkasse für den deutschen Mittelstand erwähnt beispielsweise, daß bei ihr in der letzten Zeit Kur- und Badeorte für ihre Einwohner Kredite in Anspruch nehmen.

Unter den Krediten stehen die mittleren und kleinen voran. Dies erklärt sich auch ganz einfach daraus, daß kreditwürdige Großunternehmungen bei der herrschenden Geldflüssigkeit am offnen Markt billiger ankommen konnten als bei den Kriegskreditinstituten, deren Zinssätze sich über dem der Reichsbank bewegen mußten, damit sie bei eventuellen Redis-

kontierungen keinen Ausfall erlitten. In Nürnberg-Fürth gliederten sich die Kredite nach der Größe wie folgt:

	am 31. Dez.	31. März	30. Juni
bis 1000 ℳ	189	296	373
von 1000—5000 ℳ .	108	177	243
von 5000—10000 ℳ .	47	67	88
über 10000 ℳ . . .	—	29	38
	344	569	742

Die Breslauer Kriegskreditbank hatte den Höchstbetrag für Darlehen zunächst auf 1000 ℳ. festgesetzt, sie erhöhte ihn dann auf 3000 ℳ. und für Hypothekenbeleihung auf 5000 ℳ. Auf Kredite unter 10000 Mark entfielen in Sachsen 577 von 641, in Württemberg 194 von 235, in München 206 von 236, in Elberfeld 236 von 277. Diese Tatsachen bestätigen durchaus die Angaben in der mehrerwähnten Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen über Einrichtungen für den gewerblichen Mittelstand. In einer Zusammenstellung über die Kriegskreditfürsorge in den außerpreußischen Bundesstaaten findet sich unter der Rubrik „Einrichtungen für den gewerblichen Mittelstand" fast durchweg die Bemerkung, daß die Kriegskreditbank auch dem gewerblichen Mittelstand diene. Daneben widmen sich allerdings noch verschiedene andere Institute speziell der Mittelstandskreditgewährung. Eine Behandlung dieser Einrichtungen fällt nicht in den Rahmen dieser Arbeit.

Bei der Berufsgliederung der Kredite, die einige Kriegskreditbanken vornehmen, lassen sich Vergleiche zwischen den Banken noch weniger vornehmen als bei der Größe der Kredite. Es ist sicher ein Mangel der Organisation, daß die Kriegskreditbanken, deren Arbeitskreis so einfach ist und die ihr Ziel mit gleichen Mitteln zu erreichen suchen, sich nicht auf ein Bilanzschema und gleichmäßige Statistik geeinigt haben. Besonders ausführlich ist die Berufsstatistik in Elberfeld und in Nürnberg-Fürth ausgestaltet. Die anderen Banken beschränken sich meistens auf die Teilung nach großen Berufsgruppen. So gibt die sächsische Kriegskreditbank an, daß von 641 Krediten auf den Handel 28,6 %, auf die Industrie 32,4 % und auf das Gewerbe 39 % entfallen. In Württemberg waren von 235 Krediten 103 Handwerkern, 73 Kaufleuten und Industriellen und 54 Gastwirten, Händlern und Privaten gewährt worden. München teilt in folgende Gruppen: Handel 91, Industrie 23, Handwerk 42, Gewerbe 63, Verschiedene 14. Die Elberfelder Statistik ist ausführlich aber sehr unsystematisch, sie umfaßt 277 Kredite in folgender Gliederung: Privatleute, Agenten, Rentner und Rechtsanwälte 20, Geistliche, Beamte und Angestellte 32, Handwerker 28, Brotfabriken 2, diverse Gewerbetreibende 36, Fabrikanten der Metallbranche, Webereien, Bandfabriken und Posamentierwarenfabriken 34, Fabriken von Margarine 1, Fett und Fleischwaren, Import von Lebens- und Genußmitteln 8, Baugeschäfte 6, Grossisten und Detailisten der Schuhbranche 5, Manufakturisten 26, Händler 10, Tischler 12, Schneidergeschäfte zur Konfektionierung von Militärmänteln und Hosen 20, Vereinigungen von Sattlern und Polsterern, die sich mit der Anfertigung von Tornistern, Zeltbahnen usw. befassen 12, Bäcker und Konditoren 12, Hausbesitzer 13. Während die Spezialisierung so weit getrieben wird, daß Berufsgruppen mit einem Kredit aufgeführt werden, sind andererseits Metallfabriken und Webereien zusammengeworfen worden. Die Nürnberg-Fürther Statistik vermeidet eine zu große Spezialisierung, sie hat außerdem den Vorzug, daß sie für die beiden ersten Quartale 1915 eine besondere Statistik gibt. Von den Krediten entfielen auf

	bis 31. Dez.	im 1. Quartal	im 2. Quartal	überhaupt
Fabriken	24	9	2	35
Großhandel	4	13	1	18
Kleine u. mittl. Fabriken	49	27	31	107
Kleinhandel	61	33	18	112
Gewerbe	94	65	45	204
Baugewerbe	48	18	11	77
Hausbesitz	32	13	23	68
Agenturen	15	6	9	30
Vereine u. Genossenschaften	3	2	—	5
Sonstige	14	39	33	86
	344	225	173	742

Bei einer derartigen Statistik geht natürlich der Charakter des betreffenden Ortes etwas verloren, dies läßt sich jedoch vermeiden, wenn besonders interessante Gruppen der Statistik mit Erläuterungen versehen werden. So würde die Offenbacher Statistik farblos sein, wenn sie ihre Statistik etwa einteilte: Fabriken (oder Industrie) 11, Gewerbe 1. Erst durch die Angabe, daß an zehn Lederwaren- und eine Metallwarenfabrik Kredite gewährt wurden, bekommt die Statistik ihre lokale Färbung.

Ueber die Deckung der Kredite unterrichten nur wenig Institute. So erwähnt die sächsische Kriegskreditbank, daß 86,7 % ihrer Kredite gedeckt waren, 13,3 % ungedeckt. Die württembergische bezeichnet sämtliche Kredite als gedeckt. Sie führt die Deckungen im einzelnen an.

Nach den Sicherheiten entfielen von den Krediten auf

Hypotheken	76	Anträge mit	697 800 ℳ
Hypotheken u. Bürgschaften	44	„ „	394 100 „
Bürgschaften	40	„ „	155 000 „
Warenverpfändungen . .	26	„ „	167 260 „
Lebensversicherungen . . .	10	„ „	19 300 „
Effekten	22	„ „	66 270 „
Forderungsabtretungen u. Diverse	17	„ „	93 700 „
	235	Anträge mit	1 593 430 ℳ.

Die Nürnberger Statistik bietet ein besonders anschauliches Bild hinsichtlich der Sicherung der gewährten Kredite. Von den ausgezahlten Krediten waren gedeckt durch

Abtretung von Forderungen aus Heereslieferungen	M	306 225
Abtretung von Buchforderungen	„	54 534
Bürgschaften	„	103 450
Verpfändung von Polizen	„	68 421
„ „ Effekten	„	87 497
„ „ Mieten	„	53 552
„ „ Waren	„	66 750
„ „ Sparbüchern	„	8 520
„ „ Kunstwerken	„	5 000
Hypothek. Sicherung	„	317 200
Maschinenübereignung	„	700
	M	1 071 829

Interessant ist besonders das Zunehmen der Kredite gegen Abtretungen von Forderungen aus Heereslieferungen. Bis Ende 1914 wurden 23 derartige Kredite über 10 252 M. gewährt, im ersten Vierteljahr 1915 bereits 92 über 76 167 M. und im zweiten Vierteljahr 143 über 219 806 M.

Die Motivierung der Kreditgesuche ist ebenfalls bei der Kriegskreditbank Nürnberg-Fürth sehr gut zusammengestellt. Es handelt sich hierbei naturgemäß nur um Annäherungswerte, da die Gründe ziemlich allgemein gehalten sind und in manchen Fällen mehrere Gründe zur Einreichung des Darlehensgesuches geführt haben. Nach den ersten Monaten haben sich wesentliche Verschiebungen in den Gründen gezeigt. Während es zunächst darauf ankam, die erste Stockung des Geschäftslebens zu überwinden, um jeden Preis einen Teil der Mittel flüssig zu machen „zur Aufrechterhaltung des Geschäftes“ usw., hat sich in den letzten Monaten ein mehr reguläres Bankgeschäft entwickelt, indem besonders gegen Abtretung von Forderungen aus Heereslieferungen Kredit gewährt wurde. Dabei handelt es sich um kurzfristige Darlehen, da die Militärverwaltung angewiesen ist, die Regulierung der erteilten Aufträge möglichst bald nach Empfang vorzunehmen. Im einzelnen wurden im ersten Halbjahr 1915 die (501) Gesuche mit folgender Begründung eingereicht: Ausführung von Aufträgen, Anschaffungen fürs Geschäft, Stärkung der Betriebsmittel (130), Zahlung von Geschäftsschulden (93), Deckung von Hypothekenverbindlichkeiten an Kapital oder Zins (55), Uebernahme von Anwesen, Zahlung von Bauschulden (42), Aufrechterhaltung von Betrieben (8), kleine Ausgaben für die Familie, Lebensunterhalt, Zahlung von Miete und Steuern (67), Hilfe für Verwandte, Zahlung von Prozeßkosten (6). Der größte Teil dieser Kredite läßt sich als Produktivkredit bezeichnen, Konsumtivkredite sind nur in wenigen Fällen verlangt worden (z. B. Lebensunterhalt, Zahlung von Steuern). Dies ist ein Zeichen dafür, daß ein großer Teil der zu Beginn des Krieges in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen sich der Kriegswirtschaft angepaßt hat und Kredit nur noch als Betriebskredit beansprucht. Zu berücksichtigen bleibt allerdings, daß diese günstige Situation sich nur auf solche Unternehmen erstreckt, die bei einer Kriegskreditbank Kredit erlangen können. Dies sind im wesentlichen die Mittelbetriebe und die Kleinbetriebe, die zu den Mittelbetrieben hinneigen. Die ganz kleinen Handwerker z. B. sind auf andere Kreditquellen angewiesen. Inwieweit diese Quellen leistungsfähig gewesen sind, soll hier nicht untersucht werden. Ebenso sollen hier nicht die Einrichtungen besprochen werden, die sich Spezialaufgaben gestellt haben, wie etwa die Deutsch-Russische Kriegskreditbank in Remscheid oder die Darlehenskassen für nachstellige Hypotheken. Hier kam es darauf an, den Typ „Kriegskreditbank“ herauszuarbeiten, wie er nach dem Vorbild der Hamburger und Groß-Berliner Kriegskreditbanken seit dem Herbst 1914 sich entwickelt hat.

Auslandsspiegel.

Die Eroberung der Schweiz
„Zur Hebung des französischen Handels“

Die französische Handelskammer in Genf hat eine Broschüre drucken und verteilen lassen, die von Herrn Eugène Vars, „conseiller du commerce extérieur“, verfaßt ist. Sie enthält „einfache, nützliche und praktische“ Winke für die französischen Kaufleute, die geschäftliche Beziehungen mit der Schweiz anzubahnen bzw. auszubauen wünschen. Wir entnehmen der Broschüre folgendes:

„Der Chef des Hauses muß, soweit möglich, persönlich das Land, das er bearbeiten will, studieren. Er hat sich den Gesetzen des Landes zu unterwerfen, d. h. er wird versuchen, den Geschmack der Kundschaft kennenzulernen, ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse, ihre kommerziellen Gepflogenheiten, ihre finanziellen Mittel. Nachdem er sich mit diesen Gesetzen vertraut gemacht hat, muß er seine Artikel nach Qualität und Preis, nach Aussehen und Aufmachung danach einrichten. Er muß sich über die Methoden erkundigen, die es seinen Konkurrenten ermöglichen, in gewissen Punkten siegreich zu bleiben. Und er wird nicht zögern, die gleichen Mittel anzuwenden, indem er sie seiner Findigkeit und seinem natürlichen Geschmack anpaßt. Er muß sich hüten, unveränderliche Regeln aufzustellen, wie er sich auch von dem Geist der Routine zu befreien hat. Er wird sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Produkte unserer Konkurrenten, auch wenn sie weniger vollkommen sind als die unsrigen, in den meisten Fällen mit viel mehr Aufmachung vorgelegt werden. Hat er seine Untersuchung beendet, so wird er, je nach den Umständen, direkt oder durch einen Platzvertreter, wenn es sich um Rohstoffe handelt, durch Handlungsreisende, wenn es sich um verarbeitete Artikel han-

delt, die Geschäfte machen. Stets ist es die Erfahrung, die die endgültigen Winke gibt. Man darf nicht vergessen, daß die Kundschaft oft besucht werden muß, und nicht ein- oder zweimal im Jahr. Die Rolle des Vertreters sichert die Treue des Kunden. Die Zeiten sind vorüber, wo Kunden und Kommissionäre bei dem Lieferanten einkauften. Heute muß der Fabrikant zu dem Kunden gehen, wenn er ihn nicht verlieren will.“ Die Broschüre empfiehlt den französischen Kaufleuten, alle Teile der Schweiz, nicht nur die französische Schweiz, zu besuchen. Die Kenntnis der deutschen Sprache sei erwünscht. „Unsere Konkurrenten haben die feste Regel, der Kundschaft ihre Musterkollektionen stets zur rechten Zeit zugehen zu lassen. Das ist ein wichtiger Grundsatz, um Erfolg zu haben. Man muß ihn annehmen. Zudem müssen die Kollektionen der Gegenstand der größten Sorgfalt sein. Eine schöne Verschiedenartigkeit der Muster, die sich dem Geschmack des Landes genau anpaßt, ist ein Element des Erfolgs.“ Die Broschüre weist zum Schluß darauf hin, daß die Schweiz im Jahre 1913 für 630 Millionen von Deutschland gekauft hat gegen nur 347 Millionen von Frankreich.

„Krieg den Austro-Boches auf dem englischen Markte.“

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Petit Parisien“ vom 14. August folgendes:

„Es gibt in Frankreich noch zu viele Leute, die geneigt sind, zu glauben, daß die Franzosen nach dem Kriege nicht ausdauernd und hartnäckig genug sein werden, um den Handel unserer Feinde zu bekämpfen. Diese Behauptungen sind zu leicht und entsprechen übrigens gar nicht der Wirklichkeit. Ueberall, wo die Mobilisation die Franzosen nicht erreicht und sie von jedem Heeresdienste frei läßt, gruppieren und organisieren sie sich oder bereiten die Organisation unserer zukünftigen industriellen und kommerziellen Erfolge vor. Nachstehend z. B., was Herr Konsul Corbes, der zurzeit mit dem französischen Vizekonsulat in Dover betraut ist, in einer an das „Office national du commerce extérieur“ gerichteten Denkschrift mitteilt über das, was er tut, um die kommerzielle Organisation vorzubereiten: Nachdem er in sehr lichtvoller Weise festgestellt hat, daß England der erste unserer Kunden ist; daß der Fortschritt unserer Verkäufe an dieses Land seit 15 Jahren im Steigen begriffen ist, sucht Herr Corbes die Mittel zusammenzufassen, die vorhanden sind oder geschaffen werden müssen, um unsere Ausfuhr nach England zu erhöhen und zu konsolidieren. Diese zu einem Bündel zusammengestellten Mittel bieten undiskutierbare Vorteile. Die Organisation ist die Basis jedes Handels und jeder Industrie. Für einen Ausfuhrhandel, der ergiebig sein soll, ist sie ebenfalls unentbehrlich. Die Organisation des Exports muß wissenschaftlich sein (?). Mit Unterstützung des Staates muß diese Organisation alle Anstrengungen auf ein und dasselbe Ziel richten. Nichts beleuchtet diese Wahrheit besser als das Beispiel Dänemarks. Die Dänen haben die Produktion und den Verkauf organisiert. Da sie hauptsächlich Eier, Milch, Butter erzeugen, so besitzen sie mehr als 1100 Milchgenossenschaften mit 148 000 Mitgliedern, 790 Genossenschaften für den gemeinschaftlichen Absatz von Eiern — eine von ihnen, die „Dänische Genossenschaft für den Eierexport“, umfaßt 30 000 Mitglieder —, schließlich 34 Schlachthausgenossenschaften mit 66 000 Mitgliedern. Sie haben im Laufe von zwölf Monaten 780 000 Schweine und 25 000 Stück anderes Vieh zu Exportzwecken geschlachtet. Die Folge dieser klug geleiteten Organisation ist, daß die dänische Ausfuhr nur für landwirtschaftliche Produkte sich auf 600 Mill. Fr. beläuft, davon allein 400 nach England, während Frankreich, das landwirtschaftliche Frankreich, diese Erzeugnisse: Fleisch, Eier und Butter dem Vereinigten Königreich nur für kaum 60 Millionen verkauft. In zehn Jahren hat der Verkauf dänischer Butter nach England um 70 Millionen, der Absatz dänischer Eier um 20 Millionen zugenommen. Das benachbarte Frankreich verkauft an England nur für 9 Millionen Eier. Diese Ergebnisse beweisen die Notwendigkeit einer gut geleiteten Kooperation zur Genüge. Die persönliche Initiative würde natürlich gewinnen, wenn sie unterstützt und beraten wird. Darauf zielen die Bemühungen der Konsuln ab, der Handelskammern, der Handelssachverständigen und des „Office national du commerce extérieur“. Wenn der Handelssachverständige der Kopf des Exports in ein Land sein soll, so ist der Vertreter dessen Arm. Mit den gewöhnlichen Eigenschaften des Handelsagenten muß er die genaue Kenntnis des Landes verbinden, das er bereisen soll, seiner Gebräuche, seines Geschmacks. Und vor allen Dingen, er muß Franzose sein (!). Schließlich ist noch nötig, daß die Produzenten ihre Vertreter besuchen. Diese kommerzielle Diplomatie ist in ihren Endergebnissen ausgezeichnet. Die Preise müssen sich immer franko Haus in englischer Valuta verstehen. Die Zahlung in England geschieht nicht per Tratte. Der Engländer akzeptiert keine Tratte. Entweder zahlt er bar, wenn der ihm gemachte Preis interessant ist. Oder er zahlt per Scheck in 30 Tagen, gelegentlich zu späterem Termine ohne nähere Angabe. Es ist durchaus notwendig, sich nach diesen Gebräuchen zu richten und während der Dauer des Kredits „à découvert“ zu bleiben. Diese Schwierigkeit würde ganz vereinfacht werden, hätten wir in Frankreich, wie in Deutschland, Exportbanken. Das Problem wird bei uns noch studiert. Im übrigen sind sehr lange Kredite in England im allgemeinen nicht notwendig, da es ja oft möglich ist, Kassazahlung zu erhalten. Viele Produkte werden in England in Metall-, Holz- oder Kartonkästchen, in Flaschen, Gläsern usw. verkauft. Alle Etiketten müssen in englischer Sprache verfaßt sein. Die Verpackung muß sorgfältig sein. Das ist die erste Bedingung. Schon der Anblick der Verpackung nimmt für oder gegen das Haus, das expediert, ein. Aeußerlich muß man stets Provenienz und Bestim-

mungsort angeben, also: „Made in France". Auch gebe man Brutto-, Nettogewicht und Inhalt an. Das „Office national du commerce extérieur" hat soeben, besonders im Hinblick auf England, eine Broschüre herausgegeben: „La Publicité à l'étranger. Comment la faire?" Die Kenntnis ihres Inhalts ist unerläßlich. Sie berichtet in genauer und vollständiger Weise über diese Frage der Auslandsreklame. Der französische Exporteur darf nicht vergessen, daß die Reklame in England eine große Rolle spielt ...."

Die Eroberung der südamerikanischen Märkte.

Im „Figaro" veröffentlicht Eugenio Garzon eine „enquête" über die südamerikanischen Märkte, in denen er die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich einerseits, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Peru andererseits und die Möglichkeiten, sie auszudehnen, untersucht. Auch sonst wird der Frage, wie Frankreichs Ausfuhr nach Südamerika auf Kosten des deutschen Handels gefördert werden kann, große Aufmerksamkeit zugewendet. Auch die Pariser Handelskammer hat zu der Sache Stellung genommen. Sie hat zunächst Chile bearbeitet und eine Statistik des deutschen und französischen Exports nach diesem Lande angefertigt, die sie mit folgendem Kommentar begleitet:

„Unter den Ländern Südamerikas ist vielleicht Chile dasjenige, wo der deutsche Einfluß sich am festesten eingewurzelt und in den Dienst der Handelsinteressen zu stellen verstanden hat. Aus diesem Grunde müssen die Anstrengungen unserer Kaufleute besonders energisch und ausdauernd sein."

Aus den von der Pariser Handelskammer veröffentlichten Ziffern mögen die wichtigsten hier folgen:

	Einfuhr aus	
	Frankreich	Deutschland
Automobile	126 000	153 000
Fahrräder	7 000	13 000
Klaviere	2 000	40 000
Eisenbahnwagen	nichts	248 000
Lokomotiven	nichts	4 134 000
Bijouterie in Gold u. Platin	1 000 000	2 100 000
Bijouterie in Silber	104 000	388 000
Lederne Handtaschen	1 500 Dtz.	3 000 Dtz.
Eisen- und Stahldrähte	43 000 kg	4 000 000 kg
Eisenbahnschienen	26 000 „	4 800 000 „
Zement	380 000 „	95 000 000 „
Kristallwaren	130 000 „	2 146 000 „
Spiegel	2 900 „	138 000 „
Porzellane	58 000 „	442 000 „
Passementeriewaren	26 000 „	62 000 „
Raffinierter Zucker	20 000 „	9 000 000 „

Der Bericht der Handelskammer weist besonders nachdrücklich auf die Tatsache hin, daß der Import aus Deutschland sich auch auf Luxusartikel erstreckt, die vor 30 Jahren (!) ausschließlich aus Frankreich bezogen wurden. Daß Porzellane, Kristalle und andere Artikel, deren Ueberlegenheit über das deutsche Konkurrenzprodukt „anerkannt" sei (von wem?), z. B. Automobile, Lebensmittel usw., aus Deutschland und nicht aus Frankreich bezogen werden, findet die Pariser Handelskammer unbegreiflich. Um dem französischen Handel in Südamerika den ihm gebührenden Platz zu sichern, hatte der „Figaro" die Errichtung französischer Banken, die Einrichtung französischer Schiffahrtsgesellschaften als notwendig bezeichnet. Auch müsse mehr Interesse vorhanden sein, mehr Hingebung und Geschmeidigkeit bei Produzenten und Händlern, mehr Reklame und mehr Kredit. Eine französische Bank hätte in Chile genügend Raum, um sich zu entwickeln. Sie könnte mit einem kleinen Kapital beginnen, denn der kommerzielle Betrieb würde ihr bald die Mittel, sich auszudehnen, verschaffen. Wäre sie von sachverständigen Männern gut geleitet, so könnte sie im Handel Südamerikas eine wichtige Stellung einnehmen. Die in Chile gegründeten drei (?) großen deutschen Banken hätten so angefangen und hätten durch ihre kluge Verwaltung sich durchzusetzen verstanden. Die französischen Kaufleute in diesem Lande wären genötigt, sich dieser deutschen Banken zu bedienen. — Eine Schiffahrtsgesellschaft könnte mit einer Reise monatlich anfangen. Sie hätte auf der Küste des Stillen Ozeans ein weites Feld der Betätigung. Sie könnte die Häfen von Panama, Kolumbien, Ecuador, Peru anlaufen und Bolivien über dem chilenischen Hafen von Arica, der mit der Hauptstadt Boliviens mittels Eisenbahn zu verbinden wäre, bedienen. Sie könnte alle chilenischen Häfen bis zur Magellanstraße anlaufen."

„Rußlands Befreiung von der wirtschaftlichen Gewalt Deutschlands."

Die russische Presse bearbeitet seit geraumer Zeit die Frage, wie es möglich sein wird, „Rußland von der wirtschaftlichen Bevormundung durch Deutschland zu befreien". Daß die Emanzipation der russischen Märkte von der deutschen Herrschaft zu erstreben sei, darüber sind sich so ziemlich die Blätter aller Parteischattierungen einig. Nur über das Wie? herrscht Uneinigkeit. Einstweilen begnügt man sich damit, in allen Gouvernements Rußlands Ausschüsse ins Leben zu rufen, in denen feurige Reden gehalten werden, um das russische Volk zum wirtschaftlichen Kampfe gegen Deutschland aufzurufen. Interessant ist, daß zwischen den beiden führenden Blättern „Rjetsch" und „Nowoje Wremja" darüber eine heftige Polemik ausgebrochen ist. Die Eröffnung des Industriellen Kongresses in Rußland hatte „Rjetsch" als den „Eintritt Rußlands in eine ganz neue Entwicklungsphase" gefeiert. „Nowoje Wremja" drückt ihr Erstaunen darüber aus, daß auch „Rjetsch" unter die Schwärmer gegangen sei. Alle diese Kongresse mit ihren schönen und feurigen Reden hätten doch bis jetzt blutwenig geleistet. Im übrigen sind sich die russischen Zeitungen ziemlich klar, daß der Boykott deutscher Waren nach dem Kriege kaum durchzuführen ist. „Rjetsch" erklärt diese Unmöglichkeit

damit, „daß die deutschen Waren von sehr hoher Qualität sind und den Bedürfnissen des Publikums glänzend entsprechen“. Selbstverständlich müsse „Rußland den Russen“ gehören, aber ohne die russischen Deutschen würde die russische Industrie nichts leisten. „Schon jetzt, wo wir unsere ganzen Kräfte auf die Versorgung der Armee richten müssen, sind die Deutschen nicht nur wünschenswert, sondern unentbehrlich.“ Hierzu bemerkt die „Nowoje Wremja“: „Es scheint doch etwas Wahres daran zu sein. Aber ein Russe kann das deutsche Element nun einmal nicht leiden. Der Deutsche wird nie ein Russe werden: er wird immer ein Deutscher bleiben und es stets mit den Deutschen halten.“ (!)

Im „Utro Rossji“ lesen wir:

„Es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß die deutsche Gefahr beseitigt wird, auch wenn Rußland den gegenwärtigen Konflikt siegreich beendet. Nach dem Kriege wird Deutschland seine ganzen Kräfte auf Rußland richten, um es wirtschaftlich von neuem zu beherrschen. Und dieser ökonomische Angriff wird stark und für uns schrecklich sein. Denn Rußland steht ökonomisch und industriell sehr niedrig, Deutschland sehr hoch. Wir können beim besten Willen nicht bestreiten, daß Deutschland über ungeheure praktische Vorzüge verfügt. Wollten wir aber andererseits zulassen, daß Deutschland uns wieder ökonomisch beherrscht, so würden wir ihm eine volle Revanche (!) geben. Besiegt uns Deutschland wirtschaftlich, so besiegt es uns auch politisch! Nur eine eigene, starke und nationale Industrie kann Rußland retten! Darum müssen wir alle Kräfte auf die Begründung einer nationalen Industrie richten!“

Revue der Presse.

Zu den Industrien, die durch den Krieg direkt und indirekt in besonderem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden sind, gehört das Brauereigewerbe. Einen interessanten Ueberblick über das abgelaufene Geschäftsjahr der Brauerei-Aktiengesellschaften gibt die Frankfurter Zeitung (10. September). Danach hat die

Brauereiindustrie im ersten Kriegsjahre

im allgemeinen durchaus nicht schlecht abgeschnitten, obwohl gerade sie mit einer Flut von Verordnungen und betriebseinschränkenden Maßnahmen bedacht worden ist. Dieses erfreuliche Resultat, das trotz der Bundesratsverordnung, die vom 1. März 1915 ab die gesamte Produktion auf 60 % der in den beiden Vorjahren im Durchschnitt hergestellten Mengen einschränkte, erzielt wurde, ist vor allem einer vorsichtigen Bilanzierung, in einzelnen Fällen auch einer verhältnismäßig geringen Herabsetzung der Dividende zuzuschreiben. Die zu Anfang des Krieges durch Störung in den Transportverhältnissen, Entzug der konsumkräftigsten Personen und Verteuerung der Rohmaterialien herbeigeführte Verschlechterung der gesamten Produktionslage erfuhr späterhin insofern einen gewissen Ausgleich, als sich im Laufe des Jahres die Einkommensverhältnisse weiter Kreise besserten und ganz besonders, als durch das zur Prophylaxe erlassene Trinkwasserverbot auf dem Kriegsschauplatze zu umfangreichen Heereslieferungen auch auf diesem Gebiete führte. Immerhin werden auch in diesem Jahre bei der Fortdauer des Krieges und den damit wahrscheinlich wesentlich weiterhin gesteigerten Erzeugungskosten die Schwierigkeiten im Brauereigewerbe noch nicht zurückgegangen sein; besondere Vorsicht in der Bilanzierungs- und Dividendenpolitik ist daher auch im laufenden Geschäftsjahr geboten. — In der Vossischen Zeitung (20. September) berichtet ein nach Skandinavien entsandter Mitarbeiter über

die schwedischen Banken.

Die Konzentrationsbewegung ist im schwedischen Bankwesen ziemlich lebhaft gewesen, das Land ist mit einem ziemlich engmaschigen Filialnetz überzogen. Die leitenden Banken zeichnen sich durch ein im Verhältnis zum Gesamtkapital geringes Aktienkapital und hohe Reserven aus, dadurch sind sie in der Lage, das Aktienkapital gut zu verzinsen. Bei einzelnen Banken übertreffen die Reserven das Aktienkapital sogar, so bei der Skandinaviska Kreditaktiebolaget und der Stockholms Handelsbank. Besonders groß ist der Unterschied bei der Stockholms Enskilda Bank (Aktienkapital 18 Mill., Reserven 35 Mill. Kr.). Der Krieg hat Schweden nun zu einem hochbedeutenden Handelszentrum gemacht, daraus haben die schwedischen Banken reichen Nutzen gezogen. Aus dem Devisen- und Sortengeschäft (Rubelnoten) sowie im Zusammenhang mit dem internationalen Warenverkehr ergaben sich große Gewinne. — Die Kölnische Zeitung (22. September) bringt eine Uebersicht über

die Goldbestände der amerikanischen Banken,

aus der hervorgeht, wie die Kriegskonjunktur sich bei den New-Yorker Clearinghousebanken und den Federalreservebanken äußert. Von Anfang April bis gegen Ende August ist der Goldbestand dieser Banken von 481 Mill. $ auf 593 Mill. gestiegen. Dieser Goldzufluß stammt im wesentlichen aus dem Ausland. Mit der Goldzunahme bei den Banken stimmt die Schätzung des Goldvorrates für das Land ungefähr überein. Das Schatzamt berechnete den Goldvorrat am 1. April auf 1876 Mill. $, am 1. Juli auf 1993 Mill. $. Infolge der starken Goldzuflüsse hat sich das Deckungsverhältnis der Verbindlichkeiten bei den Federalreservebanken sehr günstig gestaltet, es

beläuft sich auf über 80 %, ebenso ist die Position der Clearinghousebanken gestärkt worden. Das Surplus ist nach den Ausweisen von 149 Mill. $ auf 185 Mill. $ gestiegen. Der Herbst und Winter pflegt allerdings an die amerikanischen Banken besonders große Ansprüche zu stellen, daher wird sich das günstige Verhältnis voraussichtlich nicht weiter verbessern. Immerhin ist anzunehmen, daß durch die Errichtung der Federalreservebanken der amerikanische Geldmarkt größere Elastizität bekommen hat und deshalb die Beengungen durch die Herbstansprüche leichter überwinden wird. — In einem Artikel über

Probleme des zukünftigen Welthandels

stellt die Kölnische Zeitung (15. September) zunächst den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß vom Standpunkt nüchterner volkswirtschaftlicher Berechnung ein baldiger Friedensschluß mit unseren starken und eine Hinausziehung des Krieges mit unseren schwachen Gegnern wünschenswert sei. Die starken Mächte haben zu riskieren, daß Amerika wirtschaftlich eine zu starke Position erlangt. Die schwachen Mächte, zu denen auch Italien gerechnet wird, zwingt der Sieger in wirtschaftliche Hörigkeit. Bei den abzuschließenden Handelsverträgen wird sich die Schwierigkeit ergeben, solche Verträge zu schließen, die nicht zu neuen kriegerischen Maßnahmen führen müssen. Zunächst wird es sich um eine handelspolitische Einigung handeln innerhalb der jetzt gemeinsam kämpfenden Mächtegruppen. Bereits bei diesen Unterhandlungen wird es zu Schwierigkeiten kommen, da beim Vierverband die einzelnen Mächte sich durchaus nicht ergänzen. Es wird dann an dem Beispiel Italiens im einzelnen nachgewiesen, wie schwierig dieser Ausgleich werden wird, und wie verkehrt Italiens Teilnahme am Kriege auf seiten der Vierverbandsmächte war. — Wie sehr der Krieg bisher bereits auf das italienische Wirtschaftsleben eingewirkt hat, zeigt ein Aufsatz der Frankfurter Zeitung (21. September) über

wirtschaftliche Kriegssorgen in Italien.

Die Wechselkurse standen bereits Ende Mai teilweise zuungunsten Italiens, durch den Krieg haben sich die Währungsverhältnisse aber weiter verschlechtert, so stieg die Schweizer Devise (26. Mai) von 109,05 auf 118,30 (17. September) bei einer Parität von 100. Die entsprechenden Zahlen für London sind 27,70, 29,50 und 25, für New York 5,85, 6,28 und 5,25. Das Goldagio betrug bereits Ende Mai 9½ %, es stieg auf fast 14½ %. Dieses Agio ist durchaus begreiflich, wenn man die Zerrüttung des italienischen Wirtschaftslebens betrachtet. Die Ausfuhr ist wesentlich gesunken, die Geldsendungen der Auswanderer und der Goldsegen der Reisenden fehlen vollständig. Die Notenausgabe ist außerordentlich gestiegen, da der Staat einen Teil der Kriegskosten durch Kreditaufnahme bei den Notenbanken deckt. — Im Berliner Tageblatt (13. Sept.) bringt Markthallendirektor Spiecker eine vergleichende Uebersicht über

die Lebensmittelteuerung.

Er vergleicht die am 1. September 1914 und 1915 nach den Marktberichten erzielten Preise im Groß- und Kleinhandel für die verschiedenen Fleischsorten sowie für Fisch, Wild und Gemüse. Die Preissteigerungen sind in einzelnen Fällen sehr verschieden hoch, je nachdem in welcher Weise die behördlichen Maßnahmen zur Sicherstellung der menschlichen Nahrung in die Ernährungsverhältnisse der betreffenden Tiere eingriffen. Die Preise für Schweinefleisch usw. sind sehr stark gestiegen infolge der Abschlachtung von Schweinen, die zu Dauerware verarbeitet wurden. Da außerdem die Ernährung der noch vorhandenen Schweine unter dem Mangel an Kraftfuttermitteln leidet, kommt vollgemästete Ware kaum auf den Markt. Als Beispiel dafür, mit welchen Unkosten gerechnet werden muß, gibt der Verfasser an, daß einem Schlächtergesellen, der wirklich schlachtet, ein Tageslohn von 35 ℳ gezahlt werden muß. — Bei seinem Vergleich der

englischen und deutschen Währung

in der Deutschen Wirtschaftszeitung (15. September) geht Dr. Otto Heyn-Nürnberg davon aus, daß nicht nur die Sicherung der Notenausgabe und der sonstigen Zahlungsmittel (wie Reichskassenscheine, Darlehnskassenscheine Currency Notes und ähnliches Papiergeld) nebeneinanderzustellen sei, sondern daß auch die sogenannten Gelddepositen zu berücksichtigen seien. Unter Gelddepositen versteht er Depositen, die Umlaufszwecken dienen. Auf Grund von Schätzungen, deren Zuverlässigkeit er selbst in Zweifel zieht, kommt Dr. Heyn zu dem Resultat, daß diese Depositen bei den deutschen Kreditbanken etwa 2200 Mill. ℳ betragen. Zusammen mit den Depositen der Reichsbank (am 31. Juli 1652 Mill. ℳ), den Depositen der Privatnotenbanken und den Guthaben im Postscheckverkehr erhält er eine Summe von 4118 Mill. ℳ. Zu ihr fügt er den Umlauf an Banknoten, Reichskassen- und Darlehenskassenscheinen. Danach ergibt sich ein Betrag von 10 842 Mill. ℳ, der durch 2437 Mill. ℳ Gold oder zu 22½ % gedeckt ist. Für England errechnet Dr. Heyn die Summe der fiduziären Umlaufsmittel auf 956 Mill. £. Da diesen ein Goldbestand von 95,4 Mill. £ gegenübersteht, ergibt sich nur ein Deckungsverhältnis von 10 %. Die deutsche Währung ist danach der englischen bei weitem überlegen. — In der Frankfurter Zeitung (14. September weist ein Einsender auf den

zertifizierten Scheck

hin, der es ermöglichen würde, den Notenumlauf bedeutend einzuschränken. Der zertifizierte Scheck wird besonders in den Vereinigten Staaten sehr stark verwendet. Indem die Bank den auf sie gezogenen Scheck „bestätigt", verleiht sie ihm eine größere Umlaufsfähigkeit. Besonders für den Hypotheken- und Grundstücksverkehr, der sich meist an den Quartalen abspielt, würde es eine große Ersparnis bedeuten, wenn der zertifizierte Scheck ein-

geführt würde, da bisher immer Barzahlung erforderlich war. Auch während des Krieges hätte der zertifizierte Scheck gute Dienste leisten können, da er einen Teil des Notenumlaufes ersetzt hätte. Das deutsche Recht verbietet die Akzeptierung des Schecks, da sie vermeiden will, daß der Bezogene zu einem selbständigen Schuldner wird. Nach amerikanischem Recht wird der Bezogene, wenn er den Scheck bestätigt, nur als Treuhänder angesehen. — Im Anschluß an eine Denkschrift des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages und des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften bespricht Thomas Esser-Euskirchen in der Kölnischen Volkszeitung (18. September) die

Kriegs-Notstandskredite für den gewerblichen Mittelstand.

Nachdem die Regierung sich grundsätzlich bereit erklärt hat, Mittel zur Verfügung zu stellen, ist es notwendig, sich über die Grundsätze der Verwendung dieser Beträge klar zu werden. Deshalb wird zunächst eine Abgrenzung des Kreises der Beteiligten vorgenommen werden. Es kommen für die Kredite nur Angehörige des selbständigen Mittelstandes in Betracht. Bei der Verteilung der Gelder, die zweckmäßigerweise durch die Kreditgenossenschaft erfolgen sollte, ist als Grundsatz die Kreditwürdigkeit des Darlehensnehmers aufzustellen. Das Darlehen soll 5000 ℳ nicht übersteigen, der Zinsfuß wird für das Reich einheitlich festgesetzt werden. Die Entscheidung über die Kreditanträge wird Kommissionen zu übertragen sein, in denen die Reichsbehörden, die Gemeinden und die Standesvertretungen vertreten sein müßten. Die ganze Maßnahme zielt auf Stärkung des Handwerkerstandes hinaus, indem ihm Mittel zu günstigen Bedingungen bereitgestellt werden. Immerhin sollen die Unterstützungen nicht die Formen von Schadensersatz annehmen. — Ueber ein Thema, dem der Krieg von neuem zu großer Aktualität verholfen hat, schreibt Agnes Herrmann in der Sozialen Praxis (16. September). Sie behandelt den Zusammenhang zwischen

Geburtenzunahme und Lohntheorie.

und weist auf die hohe Bedeutung hin, die dieses Problem besonders für die breiten Mittelklassen hat. Es ist bekannt, daß gerade beim mäßig bemittelten Mittelstand aus seiner Tendenz zu zunehmendem Wohlstand heraus und aus seinem Bestreben, in sozial höhere Sphären zu gelangen, eine Beschränkung der Kinderzahl stattfindet. Verfasserin spricht — als bisher wenig beachtete Ursache — der Art der Lohnbemessung die Schuld zu. Sie verlangt auf Kosten der männlichen und weiblichen Unverheirateten der betreffenden Berufsklassen Familienzulagen für die Verheirateten, etwa derart, daß für beide Geschlechter ein gleichmäßiger Grundlohn und Alterszulagen festgesetzt werden, darüber hinaus jedoch nach Maßgabe des Familienstandes Zulagen. Zur Möglichkeit der Realisierung dieser Vorschläge weist sie auf bereits vorhandene Ansätze zur Berücksichtigung des Familienstandes hin, wie sie z. B. bei der Invalidenversorgung, bei der Reichsversicherungsordnung für Angestellte und bei der Steuerbemessung zu finden sind. Den Bedenken, ob eine solche Lohntheorie, deren Durchführung zwar im Beamtenverhältnis von Staat und Gemeinde möglich sei, auch in Handel und Industrie eindringen könne, muß man entgegenstellen, daß auch andere Forderungen, die ursprünglich leicht utopistischer Natur erschienen, sich nach und nach durchgesetzt haben. Eine verhältnismäßige Lohnbemessung, die die Kosten der Kindererziehung in ausreichender Weise sichert, erweckt in den Mittelklassen den Willen zum Wachsen und tritt damit zugleich der Gefahr der Bevölkerungszunahme hauptsächlich aus tieferen Schichten entgegen. — Einzelheiten über die Benutzung des Panamakanals im ersten Kriegsjahre finden sich in der Vossischen Zeitung (21. September).

Der Panamakanal-Verkehr

war nicht so rege wie man erwartete. Die tatsächlichen Einnahmen, die noch nicht ganz 4½ Millionen Dollar betrugen, blieben hinter der schätzungsweisen Veranschlagung auf 12½ Millionen weit zurück; die Frequenz betrug nur 5 Millionen Tons. Als Grund dieser niedrigen Ziffern sind sowohl das zeitliche Zusammenfallen der Kanaleröffnung mit dem Weltkriegausbruch und der dadurch veranlaßten allgemeinen Schiffahrtsstörung als auch die öfteren Erdrutsche, die zeitweise Kanalschließung nötig machten, anzusehen. Bei der Passage des Kanals stand Amerika mit 481 Schiffen an erster Stelle. Ein deutsches Schiff hat den Kanal begreiflicherweise noch nicht passiert. Der Verkehr erstreckt sich im gesamten nach Ost und West auf fünf Routen. Bemerkenswert ist, daß allein der Küstenverkehr über ein Drittel des Gesamtverkehrs ausmachte. Sehr beschränkt war natürlich der Verkehr von Europa nach der amerikanischen Westküste; er betrug nur 99 478 Tons, während in umgekehrter Richtung 735 421 Tons zu verzeichnen sind. Von den einzelnen Warenkategorien, die den Kanal ostwärts passierten, interessieren besonders: Salpeter 651 537, Zucker 277 776, Weizen 222 689, Gerste 204 751 Tons; westwärts: gereinigtes Petroleum 220 229, Kohlen 279 064 Tons. — Die Hineinbeziehung der lothringischen Erzbecken, besonders des reichhaltigen Erzbeckens der Hochebene von Briey in das kriegerische Operationsgebiet hat bereits mehrfach zu weitergehenden Fragen wirtschaftlicher Natur Anlaß gegeben. In der Frankfurter Zeitung (16. September) beschäftigt sich Professor Dr. E. Kollmann in einem Aufsatz

Freies Meer und Binnenkanäle

über die Entwicklungsmöglichkeiten des lothringischen und luxemburgischen Erzbergbaues und stellt in diesem Zusammenhang namentlich den Transportwegen eine glänzende Förderung in Aussicht. Die auch gegenwärtig noch lediglich im Wege des Bahntransportes verfrachteten Erzmengen aus den großen lothringischen, luxemburgischen und ostfranzösischen Erzbecken nach unseren Industriegegenden beliefen sich 1913 auf 8 981 000 Tonnen; der umseitig aus dem rheinisch-westfälischen Montanbezirk nach den Erzgegenden für den Hochofenbetrieb erforderliche

Kokstransport beträgt 8 400 000 Tonnen. Bei diesem jetzt schon imponierendem Austauschverkehr von Erz als Hinfracht und Koks als Herfracht ist die Forderung der Mosel- und Saarkanalisierung nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten. Die infolge der billigeren Wasserfracht alsbald mit Gewißheit zu erwartende Steigerung der Verfrachtungsmengen wird weiterhin der Forderung nach niedrigeren Preisen für die Rohmaterialien nachzukommen gestatten und auf diese Weise dazu beitragen, daß die Eisenindustrie nach dem Kriege ihre Stellung auf dem Weltmarkt möglichst bald wiedergewinnt. Angesichts der eminenten weltwirtschaftlichen Bedeutung und unzweifelhaften Rentabilität der projektierten Wasserwege, zu denen Verfasser auch eine Kanalverbindung zwischen Niederrhein und Antwerpen gerechnet wissen möchte, soll die ganze Frage nicht nur vom Standpunkte preußischer Finanzen, sondern im wirtschaftlichen Interesse und eventuell unter entsprechender finanzieller Beteiligung des Reichs erledigt werden. — Ueber die höchst bemerkenswerten Leistungen des deutschen

Geldmarktes in Kriegszeiten

bringt das Berliner Tageblatt (22. Sept.) einige Notizen. Ungeachtet der starken Einschränkungen des Börsengeschäftes und der Aufbringung der beiden Anleihen, war eine stärkere Anspannung der Geldsätze nicht zu erkennen. Der Privatdiskont ist allerdings im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die neue Kriegsanleihe namentlich aber auch wie üblich wegen des nahenden Herbsttermines auf 4 % gestiegen, doch ist tägliches Geld nach wie vor mit 2½ % zu haben. In England, wo heute für tägliches Geld 4 % gegeben wird, und der Privatdiskont auf Dreimonatswechsel auf 4¾ % gestiegen ist — die Bank von England hat wie die Deutsche Reichsbank denselben 5 prozentigen Diskont —, zeigt der Geldmarkt eine weit ungünstigere Entwicklung. Auch auf dem Devisenmarkt steht Deutschland günstig da: für ausländische Noten und Devisen sind die höchsten Valutanotierungen des Krieges längst unterschritten. Stark unter Pari steht gegenwärtig — ein Gegenstück zum Kurssturz des Rubels — die italienische Valuta, belgische Noten sind angemessen zurückgegangen, rumänische stehen etwas unter Pari, französische stehen nahe davor. Die allgemeinen Geldmarktverhältnisse erlauben den Rückschluß, daß auch die Entwicklung des Devisenmarktes mit Kriegsende wieder befriedigen wird. — Die deutschen Exporteure suchen schon jetzt vor Friedensschluß der späteren Geltendmachung ihrer Buchforderungen an feindliche Ausländer den Weg zu bahnen. Der Staat ist für Zahlungsverbote und andere Maßnahmen feindlicher Staaten, soweit sie als allgemeine Folgen des Kriegszustandes angesehen werden prinzipiell nicht regreßpflichtig zu machen; das feindliche Ausland ist nach dem Haager Abkommen von 1907 gleichfalls nicht verpflichtet, für Private in anderen Ländern Schadenersatz zu gewähren. Eine Regelung der Enschädigungsfrage durch Spezialgesetz wie nach dem Krieg 1871 wäre wohl möglich, würde sich aber im Hinblick auf die Kompliziertheit der Gesetzgebungsarbeit nicht sehr empfehlen. Nach einem Aufsatz über den

Schutz der deutschen Buchforderungen an das Ausland

von Dr. Hugo Böttger im Tag (21. September) hat sich deshalb ein Zweckverband, ein „Verband zur Sicherung deutscher Forderungen im feindlichen Ausland" gebildet, der die Interessen deutscher Gläubiger auf dem Wege der Selbsthilfe zu verfolgen bestrebt ist. Nach ihm sollten alle diejenigen Forderungen, die im gewöhnlichen Gerichtsverfahren nach beendigtem Krieg voraussichtlich nicht oder nur sehr schwer einzutreiben sind, an den feindlichen Staat zediert und auf die Kriegsentschädigung aufgeschlagen werden. Der Gedanke ist durchführbar. Die bei uns liegenden feindlichen Vermögen und Guthaben könnten als Pfand angesehen werden, so daß genügend Sicherheit vorhanden wäre. Um den Wert dieses Pfandes übersichtlich zu erkennen, wäre eine Gesamtaufstellung sowohl der Vermögenswerte des feindlichen Auslandes als auch aller Forderungen Deutscher an sämtliche Ausländer erwünscht. Durch eine zu erlassende gesetzliche Bestimmung könnte nach beiden Seiten ein Zwang ausgeübt werden, bei einer Sammelstelle die nötigen Angaben zu machen, die durch die Handelskammern zuvor zu prüfen seien. Schon weil England durch sehr ähnliche Maßnahmen wie die vorgeschlagenen deutsches Vermögen und Eigentum aufbewahrt, sollte man auf deutscher Seite mit gleicher Münze zahlen und englisches Kapital als sicheres Pfand betrachten.

Umschau.

Meistbegünstigung und Zollunion. Mir wird geschrieben:

„Im Leitartikel „Zollstreit" Seite 373 ff. des Plutus wird betont, dass die Frage, ob bei zukünftigen Handelsverträgen die Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel erwünscht sei, nicht grundsätzlich zu entscheiden ist, sondern dass sie ihre Beantwortung von Fall zu Fall nach dem Gesichtspunkte der Zweckmässigkeit finden muss. Wirtschaftspolitiker, die mit dem Herausgeber des Plutus darin übereinstimmen, dass die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe jetzt die Herstellung des deutsch-österreich-ungarischen Zollverbandes ist, haben die Befürchtung ausgesprochen, dass eine Meistbegünstigungsklausel in jedem Handelsvertrage der vor der endgültigen Regelung der Zollverbandsfrage abgeschlossen werden sollte, diese Regelung hemmen würde. Obwohl es sehr wünschenswert wäre, dass Deutschland und Oesterreich bereits geeint bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen auftreten, muss man leider doch mit der Möglichkeit rechnen, dass dieses Ziel erst später erreicht wird. Es verlohnt sich daher, darauf hinzuweisen, dass die Meistbegünstigungsklausel dort, wo ihre Aufnahme in Handelsverträgen zweckmässig erscheint, sehr wohl so formuliert werden kann, dass sie zukünftigen Zollvereinsverhandlungen nicht im Wege steht. Eine solche Formu-

lierung ist nicht nur theoretisch möglich, sondern sie besteht bereits in der Praxis und zwar im Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Schweden vom Jahre 1911. Die im Artikel 10 dieses Vertrages enthaltene absolute Meistbegünstigungsklausel wird im Artikel 11 wie folgt beschränkt: „Die Bestimmungen des Artikels 10 über die Gewährung der Meistbegünstigung berühren nicht: 1. die Begünstigungen, welche angrenzenden Staaten zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb der beiderseitigen Grenzbezirke . . . . gegenwärtig gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden sollten. 2. die Verbindlichkeiten, welche sich für einen der vertragschliessenden Teile durch die Bestimmungen einer schon abgeschlossenen oder etwa künftighin abzuschliessenden Zolleinigung ergeben. Deutscherseits werden ferner die besonderen Begünstigungen, die von Schweden an Norwegen schon zugestanden worden sind oder auf Grund des besonderen Grenzverhältnisses noch zugestanden werden, so lange nicht auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes in Anspruch genommen werden, als dieselben nicht auch den Angehörigen, den Gesellschaften oder den Erzeugnissen irgendeines anderen Staates eingeräumt werden." — Diese im Hinblick auf Schweden-Norwegen geschaffene Formel wird bei der Neuordnung unserer Handelsverträge entsprechend dem deutsch-österreichischen Verhältnis angepasst werden können. Das Streben zur Zollunion braucht also keineswegs zur Gegnerschaft gegen die Meistbegünstigungsklausel zu verführen, die in vielen Fällen geeignet sein wird, die wirtschaftliche Wiederannäherung der Völker nach dem Kriege zu erleichtern.

Die Entlastung der Gerichte. Dr. jur. M. Rönner-Berlin, schreibt: „Unter den Notstandsverordnungen, denen man auch nach Wiederherstellung des Friedenszustandes weitere Gültigkeit wünscht, wird wohl allgemein die Bundesratsverordnung zur Entlastung der Gerichte vom 9. September an erster Stelle genannt werden. Die amtliche Begründung beruft sich auf die Tatsache, dass durch die zunehmenden Einberufungen der Richter und Staatsanwälte, der Gerichtsschreiber und Gerichtsbeamten sowie auch der Rechtsanwälte zum Heeresdienst eine fortschreitende Verringerung notwendiger Kräfte einträte und dadurch möglicherweise die Ordnung der Rechtspflege leiden könne. Daher sei zu befürchten, dass eine zuverlässige und schnelle Rechtspflege nach den Erfahrungen der preussischen Justizverwaltung bei längerer Dauer des Krieges mit den verfügbar gebliebenen Kräften nicht mehr zu gewährleisten sei. Diese Erwägungen sind durchaus gerechtfertigt, besonders wenn man den Umstand noch hinzurechnet, dass die grosse Zahl der erst infolge des Krieges auftretenden Rechtsfragen und Bundesratsverordnungen an sich schon den Gerichten eine stärkere Arbeitslast verursacht. Von grösster praktischer Bedeutung wird das obligat gewordene Mahnverfahren vor den Amtsgerichten (§§ 13—17) werden. Bisher ist das Mahnverfahren in das Belieben des Klägers gestellt: das Amtsgericht kann auf Ersuchen des Gläubigers einen Zahlungsbefehl erlassen, wenn der Anspruch auf Zahlung einer bestimmten Geldsumme oder auf die Leistung einer bestimmten Menge anderer vertretbarer Sachen zum Die Bundesratsverordnung führt ein rechtsnotwendiges Mahnverfahren ein: Der Kläger ist gezwungen, vor Anbringung seiner Klage beim Amtsgericht die Geltendmachung seiner Ansprüche zunächst auf dem Wege des friedlicheren Mahnverfahrens zu versuchen. Fügt er sich dieser Vorschrift nicht, erhebt er sogleich beim Amtsgericht Klage, so wird die Klage als Gesuch um Erlass eines Zahlungsbefehls angesehen, wenn nicht der Kläger glaubhaft machen kann, dass der Beklagte den Anspruch bestreiten und sich auf die Klage einlassen will. Durch die §§ 15 und 16 hofft man — mittels eines besonderen Urkunden- und Wechsel-Mahnverfahrens — künftig einen grossen Teil der unstreitig bleibenden Sachen ohne mündliche Verhandlung erledigen zu können und auf diese Weise eine beträchtliche Verminderung der Geschäftslast herbeizuführen. Gänzlich neu ist das Mahnverfahren bei den Landgerichten. Der Hauptpunkt der Neuerung liegt darin, dass die Rechtsstreitigkeiten, auf die der Beklagte sich nicht einlässt, die Versäumnissachen, ohne mündliche Verhandlung erledigt werden. Der Vorsitzende versieht die Klageschrift anstatt mit der Terminsbestimmung mit dem Zahlungsbefehl; angefügt wird die beim Zahlungsbefehl übliche Androhung von Versäumnisfolgen wie im bisherigen amtsgerichtlichen Mahnverfahren. Da die Erhebung des Widerspruchs durch den vor den Landgerichten geltenden Anwaltszwang kostspieliger ist, so ist zu erwarten, dass künftig viele Versäumnissachen von den Landgerichten durch das neue schriftliche Verfahren erledigt sein und somit Gericht und Anwälte gemeinsam entlastet werden. Dem Sühneverfahren ist dadurch erweiterte Kompetenz gegeben worden, dass bei geringfügigen Streitobjekten, die durch das neu geregelte Mahnverfahren noch nicht erledigt werden können, ein richterlicher Vergleich zwischen den beiden Parteien ermöglicht wird; auch hier geht die Bestimmung des § 296 Zivilprozessordnung zur obligaten Pflicht des § 18 der Bundesratsverordnung über. Verminderung der Gerichtskosten und richterlicherseits zu bewilligende Zahlungsfristen werden dieser Neubelebung des Sühneverfahrens Förderung bringen."

Export ohne Bankhilfe. Herr E. Löwinger-Berlin schreibt: „Die rückgängige Konjunktur im Exportgeschäft hat bei den Lieferungen nach Uebersee einen Druck auf die Zahlungskonditionen ausgeübt. Die Usance „drei Monat Sichttratte gegen Dokumente" hatte für den Exporteur zwei ganz erhebliche Vorteile. Wenn er auch zu einer dreimonatlichen Kreditgewährung gehalten war, so war auf der einen Seite den Empfängern die Möglichkeit einer Schikane genommen, auf der anderen Seite hatte der Exporteur das Bene, bei Uebergabe der Verschiffungsdokumente an eine Bank die Tratte entweder sofort verkaufen und den Erlös kassieren oder einen Vorschuss bis zu 80 und 90% des fakturierten Wertes erheben zu können. Die überseeischen Empfänger haben es nun durchzudrücken verstanden, dass sie vor Akzeptierung der Tratte die Ware besichtigen können. Die Dokumente können in diesem Falle wohl einer Bank mit den geeigneten Instruktionen übergeben werden, aber es ist nunmehr die Wahrscheinlichkeit einer glatten Akzeptierung um ein erhebliches verringert. Ausserdem hat die Erfahrung ge-

lehrt, dass die Banken auf den überseeischen Plätzen den Wünschen ihrer europäischen Auftraggeber oft beim besten Willen nicht Folge leisten können. Bei der Ankunft eines Dampfers sind die Banken ohnehin derartig mit Arbeiten in Anspruch genommen, dass sie nicht genügend Leute zur Verfügung haben, die mit den Käufern der Ware tagelang in den Zollräumlichkeiten herumspazieren, um der Untersuchung jeder einzelnen Kiste beizuwohnen. Hieraus ergeben sich Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten, die in letzter Instanz auf den europäischen Verlader zurückfallen. Ist dieser Exporteur wieder gewillt, dafür zu sorgen, dass die Geschäftsabwicklung nach der neuen Kondition anstandslos drüben erfolge, dann darf er nicht die Vermittlung einer Bank benützen, sondern muss die Intervention des eigenen Vertreters drüben in Anspruch nehmen, was vor allem die Konsequenz schafft, dass eine finanzielle Verwertung der Verschiffungsdokumente in Europa unmöglich wird. Es ist also begreiflich, dass sich die Exporteure ganz energisch gegen die neuen Zahlungsbedingungen aussprechen, und in dieser Beziehung sind die englischen Exportfirmen an der Spitze. Von diesen geht hauptsächlich der Widerstand aus, und mit vollem Recht. Fraglich ist natürlich, wer die Oberhand gewinnen wird. Solange wie das Warenangebot die Nachfrage überreichlich übersteigt, wird es hie und da kaum anders zu machen sein, als sich den Wünschen der überseeischen Käufer zu fügen. Gegen die Weltkonjunktur können auch die Proteste der englischen Exporteure nicht ankämpfen. Entwickelt sich das Exportgeschäft derart, dass Waren stark gefragt sind, so wird der alte Verkaufsmodus wieder einzuführen sein und damit auch die Möglichkeit der Operationen mit einer europäischen Bank."

Zur englischen Patentvernichtung. Herr Dipl.-Ing. Dr. Alexander Lang-Berlin schreibt: „Bekanntlich hat das englische Parlament ein Gesetz erlassen, auf Grund dessen und seiner Ausführungbestimmungen die englischen Patente und sonstigen gewerblichen Schutzrechte deutscher Inhaber zurückgenommen werden können. Dieses Gesetz bildet ein Stück „Byzantinismus nach unten", eine Konzession an die politische Leidenschaft, und hatte zu seinem Ausgangspunkt die bekannte londoner „Mustersammlung" deutscher Waren, die seitens der englischen Regierung veranstaltet worden war. Diese Sammlung sollte den englischen Fabrikanten Gelegenheit geben, die Waren nachzuahmen und sie der englischen Kundschaft der deutschen Fabrikanten anzubieten. Da die deutschen Fabrikanten während des Krieges nicht liefern könnten, so sei, kalkulierte man, jetzt die beste Gelegenheit geboten, dem deutschen Handel dauernd den Garaus zu machen. Diesem Vorgehen stand zunächst das Hindernis entgegen, dass die deutschen Fabrikanten so klug waren, viele ihrer Erzeugnisse schützen zu lassen. Aber was kümmert sich England um Schutzrechte während des Krieges. Nach dem Grundsatze: „Mein Recht ist mein Interesse" beseitigte es kurzerhand diese Hindernisse. Das betreffende Gesetz, das Patentvernichtunggesetz, wie man es kurz nennt, hatte den Protest der ganzen Kulturwelt im Gefolge. Nicht nur die Vertreter der juristischen Wissenschaft, sondern auch die des praktischen Geschäftslebens waren empört über diesen unglaublichen Rechtsbruch. Nicht nur, dass kein Ausländer mehr in England ein Schutzrecht erworben hätte; jeder Geschäftsmann und Konsument hätte es abgelehnt, mit einer Nation, die in dieser Weise Treue und Glauben mit Füssen tritt, noch weiterhin in Geschäftsverbindung zu treten. Dazu kommt, dass die Auslandsstaaten mit Repressalien drohten nicht nur auf dem Gebiete des Patent- und Warenzeichenschutzes, sondern mit der Beschlagnahme englischen Privateigentums im Auslande. Unter diesen Umständen war es für England allerhöchste Zeit, seine von politischer Leidenschaft diktierten Gewaltmassnahmen zu beseitigen oder doch zu mildern. Unter dem Druck der Gefahr einer allgemeinen Diskreditierung und einer dauernden Schädigung der eigenen Interessen wurde das Verbot des Zahlungs- und Geschäftsverkehrs mit feindlichen Ausländern eingeschränkt auf solche, die im feindlichen Ausland ihren Wohnsitz haben. Aus denselben Gründen fürchten sich heute die Engländer, ihr Patentvernichtunggesetz praktisch anzuwenden. Es ist nicht ein einziges Patent bisher bekannt geworden, das vernichtet worden wäre, und die englischen Richter werden sich auch in Zukunft hüten, ein Patent auf Grund dieses Gesetzes zurückzunehmen. Als das Gesetz erlassen wurde und der allgemeine Protest einsetzte, suchte man das Vorgehen Englands damit abzuschwächen, dass man sagte, einige englische Blätter hätten das Gesetz missverständlich wiedergegeben; praktisch handle es sich lediglich um die Vernichtung derjenigen Patente, die in England nicht fabriziert würden, sondern deren Gegenstände aus Deutschland bezogen werden müssten; da dies während des Krieges nicht möglich sei, so habe man das Patentvernichtunggesetz schaffen müssen. Das klingt wohl moralisch, ist aber in keiner Weise stichhaltig, denn es gibt gar keine Patente, die in England nicht ausgeführt werden. Bekanntlich hat England den Ausführungzwang im Jahre 1907 eingeführt und dies hat namentlich die deutschen chemischen Fabriken veranlasst, in England Fabriken zu errichten; von diesen können die Engländer Arzneimittel beziehen; hätten diese ihre englischen Patente nicht ausgeübt, so wäre dies nach dem Ausübunggesetz vom Jahre 1907 zu ahnden gewesen; eines besonderen Gesetzes hätte es nicht bedurft. England hat während des Krieges zwar sein Patentvernichtunggesetz, aber es hütet sich, dasselbe anzuwenden. Anträge auf Vernichtung können nicht begründet werden, denn ein älteres englisches Gesetz schreibt den Ausübungzwang in England vor; Artikel, die patentiert sind und in England nicht beschafft werden können, gibt es nicht. Vertreter und Zwischenhändler deutscher Patentinhaber haben allerdings Anträge eingebracht, aber nicht auf Vernichtung, sondern auf Erlass der Lizenzgebühren; sie wollten sich um die vertragsmässigen Gebühren drücken. Naturgemäss konnte auch solchen Anträgen nicht entsprochen werden; es wurde entschieden, die Lizenzgebühren während des Krieges bei der Board of Trade zu deponieren und sie nach dem Kriege den Patentinhabern zu überweisen. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, haben sich die englischen Behörden zu dieser Praxis in der Handhabung — oder besser — Nicht-Handhabung des Patentvernichtunggesetzes entschlossen; das Gesetz selbst bleibt ein Schandfleck des englischen Parlaments!"

Gedanken über den Geldmarkt.

Die Anleiheverhandlungen der Entente mit den Vereinigten Staaten haben, obgleich sie noch nicht beendet sind, im internationalen Devisenverkehr bereits starke Wirkungen ausgeübt. An dem endgültigen Zustandekommen einer umfassenden Transaktion darf man heute nicht mehr zweifeln, nachdem der Sophismus der Washingtoner Regierung die nötige Formel gefunden hat, um dieses Geschäft in die schäbige Art von Neutralität einzupassen, welche die Union bisher zugunsten der Entente geübt hat. Ernste Wirtschaftskritiker auf deutscher Seite haben die Haltung Washingtons mit einer Art Zwangslage entschuldigt, in der sich das Land in dieser Frage befinde. Nach Uebernahme der gewaltigen Rüstungsaufträge und nach Einstellung eines grossen Teils der nordamerikanischen Volkswirtschaft auf dieses Geschäft würde eine weitere Verschärfung der Valutenfrage die ökonomische Lage der Union schwer gefährden, indem die Fortsetzung der Bestellungen unmöglich gemacht werden könnte; ausserdem entstände auch für den amerikanischen Farmer die Gefahr, für seine Produkte in Europa keinen Absatz mehr zu finden.

Ein solcher Schluss erscheint uns vollkommen irrig und scheint von völlig falschen Voraussetzungen auszugehen. Die Entente hat wahrhaftig Amerika nicht mit Aufträgen überschüttet, weil sie nur dort so besonders preiswert kaufen konnte, und hat auch keineswegs einen Ersatzlieferanten zur Hand, der ihr bei einer weiteren Verteuerung mit billigerer Ware dienen könnte. Die Preisfrage scheidet überhaupt aus, wo nur die Bedürfnisfrage entscheidet. Es handelt sich also darum, ob der Fall einer Unterbindung der Bezüge durch eine weitere Verschärfung des Valutenverhältnisses eintreten könnte, und das ist unseres Erachtens unbedingt zu verneinen.

Gesetzt, die grosse jetzt zur Verhandlung stehende Anleihe würde nicht zum Abschluss kommen, so bedeutet das natürlich keineswegs, dass England nur noch gegen Gold in den Vereinigten Staaten kaufen könnte. Es würde selbstverständlich auch dann erhebliche Beträge geliehen bekommen, aber natürlich zu Bedingungen, die ihm ganz andere Opfer auferlegen würden, als sie bei Abschluss dieser Anleihe erforderlich sein werden. Die Folge eines Fehlschlages der Verhandlungen wäre zunächst, dass der Pfund- und Frankenkurs in New York weiter stark sinkt, womit der Preis der zu beziehenden Waren automatisch entsprechend steigt. Dagegen ist nicht anzunehmen, dass der Moment eintreten könnte, wo die Zahlungsmittel für den Gegenwert der Bestellungen nicht mehr zu beschaffen sind; denn ein wirklich katastrophal niedriger Franken- und Pfundkurs würde die Spekulation in der amerikanischen Bankwelt anregen, in Europa grössere Guthaben zu schaffen, um sie bei normalerem Wechselkurs nach dem Frieden wieder zu verkaufen. Ausserdem aber würde die Entente auch bei Eingehung besonders schwerer Bedingungen bei dieser oder jener Bankgruppe Amerikas immer wieder Kontokorrent-Vorschüsse mässigeren Umfanges erhalten, und schliesslich müssten Goldexporte für den Rest des Bedarfs an amerikanischen Zahlungsmitteln sorgen. Man sieht also, die Vorenthaltung einer grossen offiziellen An-

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:

Mittwoch, 29. September	*G.-V.:* Ruppiner Eisenbahn-Ges., Nauendorf-Gerlebogker Eisenbahn, Braunschweig-Schöninger Eisenbahn, Reinickendorf-Liebenwalde-Gross-Schönebecker Eisenbahn, Bleistiftfabrik Faber, Frankfurter Gasgesellschaft, Ver. Pinselfabriken Nürnberg, Eisenhüttenwerk Marienhütte, Vogtländische Spitzenweberei, Flensburger Schiffbau-Ges.
Donnerstag, 30. September	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Rinteln-Stadthagener Eisenbahn, Lausitzer Eisenbahn-Ges., Stahlwerk Lindenberg, Gevelsberger Herd- und Ofenfabrik Krefft Akt.-Ges., Weyersberg, Kirschbaum & Co. Akt.-Ges, Mechanische Weberei Ravensberg, Deutsche Continental-Gas-Ges. Dessau, Aktien-Malzfabrik Langensalza. — Schluss der Zusammenlegungsfrist Aktien Bedburger Wollindustrie.
Freitag, 1. Oktober	*Reichsbankausweis.* — *September-Ausweise Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Ges., Elektrische Hoch- und Untergrundbahn.* — *G.-V.:* Dillinger Hüttenwerke.
Sonnabend, 2. Oktober	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Westfälische Metallindustrie Lippstadt, Westdeutsches Eisenwerk Kray, Moritz Ribbert Akt.-Ges., Bergbau- u. Hütten-Akt.-Ges. Friedrichshütte, Deutsche Elektrizitätswerke Aachen Garbe, Lahmeyer & Co., Friedr. Thomée Akt.-Ges., Humboldtmühle.
Montag, 4. Oktober	*Duurings Kaffeestatistik.* — *G.-V.:* Continentale Linoleum-Ges. Berlin.
Dienstag, 5. Oktober	*G.-V.:* Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerke, Internationale Kohlenbergwerks-Akt.-Ges. St. Avold.
Mittwoch, 6. Oktober	*G.-V.:* Automobilfuhrwesen Kandelhardt, Hamburgische Elektrizitätswerke.
Donnerstag, 7. Oktober	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* E. F. Ohles Erben Akt.-Ges.
Freitag, 8. Oktober	*G.-V.:* Bank f. Bauten Dresden, Neue Photographische Gesellschaft Steglitz, Jutespinnerei und Weberei Hamburg-Harburg, Vogt & Wolf Akt.-Ges. Gütersloh.
Sonnabend, 9. Oktober	Bankausweis New York. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Eduard Lingel Schuhfabrik Akt.-Ges., David Richter Akt.-Ges. Chemnitz, Schlossfabrik Schulte b. Velbert, Plauener Spitzenfabrik, Gothaer Waggonfabrik, Wilhelmshütte Akt.-Ges.
Montag, 11. Oktober	*G.-V.:* Kammgarnspinnerei Gautzsch, Kalker Maschinenfabrik Akt.-Ges., Akt.-Ges. f. Fabrikation von Bronzewaaren Spinn & Sohn.
Dienstag, 12. Oktober	

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Ausserdem zu achten auf:
Abschlüsse und Geschäftsberichte der Bergwerke und Hütten, Dividenden der Brauereien.

Verlosungen:
30. September: Braunschweiger 20 Tlr. (1868), Freiburger 50 Fr. (1887), Lenzburger 40 Fr. (1885). 1. Oktober: $3^{1}/_{2}$% Gothaer Präm.-Pfandbr. (1871), 3% Rotterdamer 100 Gld. (1868), $2^{1}/_{2}$% Raab-Grazer Eisenb. 100 Tl., 4% Theiss-Regulierung 100 Gld. (1880), Türkische 400 Fr. (1870). 5. Oktober: Crédit foncier de France $2^{3}/_{5}$ und 3% Komm.-Obl. (1879, 1880, 1891, 1899), desgl. 3% Pfdbr. (1909), $2^{1}/_{2}$% Pariser 400 Fr. (1894/96), desgl. 3% 300 Fr. (1912), Pester I. Vaterländischer Sparcassa-Verein 100 Kr.-Präm.-Obl. (1906). 8. Oktober: 2% Brüsseler Maritime 100 Fr. (1897). 10. Oktober: $2^{1}/_{2}$% Antwerpener 100 Fr. (1887), desgl. 2% (1903), 2% Genter 100 Fr. (1896), 3% Pariser 400 Fr. (1871) 11. Oktober: 3% Crédit foncier de France Pfandbr. (1903).

leihe würde keineswegs die Zahlungsmöglichkeiten völlig ausschalten; ihr Abschluss verbürgt aber der Entente, diese Zahlungen unter mässigen Opfern fortsetzen zu können. In dieser Beziehung haben französische Blätter ganz recht, wenn sie die Bedingungen einer solchen Anleihe als nebensächlich, ihr Zustandekommen aber als entscheidend hinstellen, da auch eine hohe Zinslast bedeutungslos sei gegenüber der Warenverteuerung, die der Sturz des Wechselkurses bedeutet. Täuschen wir uns also nicht Amerika erweist ohne irgendwelche Notwendigkeit für seine Volkswirtschaft mit dieser Anleihe unseren Feinden einen grossen Dienst, der sich dem Vielen, was es schon für sie getan hat, würdig zur Seite stellt.

Die Aussicht auf die Perfektion der Anleihe hat, wie schon oben angedeutet, eine Revolutionierung auf dem Devisenmarkte herbeigeführt. Es fehlte dasjenige Moment, was seit Monaten alle Märkte beherrschte und naturgemäss auch auf den unserigen herüberspielte: die Aufkäufe von Zahlung New York für die Bedürfnisse der Ententeländer. Hierdurch trat ein allgemeiner Rückgang der Dollardevise ein, der den anderen mehr oder weniger stark zugute kam. Namentlich wurden Pfunde, Franken und Mark höher bewertet. Dabei war bemerkenswerterweise die Besserung der deutschen Devise am ausgeprägtesten, und es liegt nahe, hier an einen Zusammenhang mit Zeichnungen des Auslandes auf die deutsche Kriegsanleihe zu denken. Tatsächlich sollen solche in grösserem Umfange erfolgt sein, wenn sie auch im Verhältnis zum Gesamtresultat keine Rolle spielen. In den letzten Tagen ist wiederum ein Umschwung auf dem Wechselmarkte eingetreten, bei dem die Kursbesserung unserer Valuta wieder teilweise verlorengegangen ist. Bemerkenswert ist die in der letzten Zeit vorherrschende schwache Haltung der Devise Oesterreich-Ungarn, die teilweise mit den Erfordernissen für den Coupondienst zum Quartalswechsel zusammenhängen dürfte.

Der deutsche Geldmarkt wird in der Folgezeit im Zeichen der Regulierung der grandiosen dritten Kriegsanleiheemission stehen. Wieder ist ein Resultat erreicht worden, das die kühnsten Erwartungen übertrifft und das uns aufs neue staunend unsere gewaltige wirtschaftliche Kraft gewaltig werden lässt. Schon der Ultimo, der erste Tag, an dem Einzahlungen statthaft sind, wird erweisen, dass es zum grossen Teil bereite Kapitalien sind, die auf die Anleihe gewartet haben, und der ganze Verlauf der Einzahlungen wird wiederum zeigen, dass nur zum geringsten Teil im Hinblick auf zukünftige Kapitalbildung gezeichnet worden ist. Man wird daher die Inanspruchnahme der Darlehenskassen für die Zwecke der Einzahlungen wiederum als relativ gering veranschlagen können, wenngleich schon infolge des grösseren Zeichnungsergebnisses mit einer höheren Summe als bei der letzten Emission zu rechnen sein wird. Der Zusammenfall des ersten freiwilligen Einzahlungstages mit dem Quartalsultimo wird vermutlich zur Folge haben, dass die Anspannung an der Monatswende recht scharf sein wird; da aber die Anleihezahlungen ohne weiteres auf die folgenden Tage zurückgestellt werden können, wird der Markt genug Elastizität haben, den Ultimo ohne Schwierigkeiten zu überwinden.

Justus.

Warenmarktpreise im September 1915.

	1.	8.	15	22.	24.	
Weizen New York	$105^{1}/_{2}$	$102^{3}/_{8}$	$114^{1}/_{8}$	120	$116^{1}/_{2}$	cts. per bushel
Mais Chicago	$71^{7}/_{8}$	$70^{1}/_{8}$	$71^{3}/_{8}$	72	$71^{1}/_{2}$	cts. per bushel
Mais Berlin	612—622	612—622	635—645	650—685	685	M. per Tonne
Gerste Berlin	700—730	665—670	690—695	730—750	760	M. per Tonne
Weizenkleie Berlin	—	50—52	51	$53-53^{1}/_{2}$	52—53	M. per Tonne
Kupfer London	68	$67^{1}/_{8}$	$69^{1}/_{8}$	$70^{1}/_{8}$	$69^{5}/_{8}$	£ per ton
Zinn London	$151^{1}/_{2}$	$152^{1}/_{2}$	$152^{1}/_{2}$	152	$151^{3}/_{8}$	£ per ton
Zink London	74	74	70	66	66	£ per ton
Blei London	$22^{1}/_{4}$	$23^{1}/_{4}$	$23^{1}/_{2}$	$23^{7}/_{8}$	$24^{1}/_{4}$	£ per ton
Silber London	$23^{3}/_{16}$	$23^{5}/_{8}$	$23^{9}/_{16}$	$23^{3}/_{4}$	$23^{3}/_{4}$	d per Unze
Eisen Glasgow	64/10	64/8	64/10	64/1	63/10	sh/d per ton
Baumwolle New York	9,75	10,00	10,75	11,40	11,55	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	5,76	5,74	6,09	6,32	6,49	d per Pfd.
Schmalz Chicago	$8{,}12^{1}/_{2}$	$8{,}07^{1}/_{2}$	8,15	$8{,}07^{1}/_{2}$	8,15	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	7,50	7,50	7,50	7,50	7,50	cts. per Gallone
Eier, frische, Berlin	9,00—9,40	9,40—9,80	10,30-10,60	11,50-11,80	11,50-11,80	M. per Schock
Kartoffeln, weisse, Berlin	7,00—8,50	7,00—8,50	6,50—8,00	7,00—8,00	7,00—8,00	M. per dz
Butter Ia, Berlin	184—187	190—193	197—200	202—205	212—215	M. per dz

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die wirtschaftlichen Hilfskräfte Deutschlands und seiner Hauptgegner. Von Dr. Ernst Günther. Kriegshefte aus dem Industriebezirk Nr. 7. Essen 1915. G. D. Baedeker, Verlagsbuchhandlung. Preis 0,80 ℳ.

Die mitteleuropäische Zollannäherung und die Meistbegünstigung. Von Dr. I. Jastrow, a. o. Professor an der Universität Berlin. Zwischen Krieg und Frieden Heft 26. Leipzig 1915. Verlag von S. Hirzel. Preis 0,80 ℳ.

Der Plan eines Zollvereins. — Vorzugszölle und Meistbegünstigung. — Der Frankfurter Friede und die gegenwärtige Weltlage. — Allgemeine Einwände gegen das System der Meistbegünstigung. — Historische Erfahrungen. — Ausblick. — Schutzzoll und Freihandel. — Literaturangaben und Anmerkungen.

Der deutsche Handel im Kriege. Mit Beiträgen von Geheimrat Prof. Dr. Lujo Brentano, München, Kommerzienrat Adolf Jandorf, Berlin, und Dr. jur. Kurt Weinberg, Berlin, herausgegeben von Leo Colze. Berlin, Leipzig, Wien 1915. Arthur Collignon Verlag. Preis 0,50 ℳ.

Vorträge für die Kriegszeit. Italiens Politik von der Gründung des Dreibundes bis zum Treubruch. Italiens Volkswirtschaft und der Dreibund. M. Gladbach 1915. Volkvereins-Verlag. Preis 0,30 ℳ.

Plebiszit und Optionsklausel. Von Gerichtsassessor Dr. Hans Wehberg. Staatsbürgerbibliothek Nr. 62. M. Gladbach 1915. Volksvereins-Verlag. Preis 0,40 ℳ.

Staatensukzessionen. — Gebietsabtretung durch Zession. — Die Option. — Geschichtliches. — Grundsätzliches. — Die Optionsfrage in Elsass-Lothringen. — Die dänische Optantenfrage. — Das Plebiszit. — — Bedenken gegen das Plebiszit. — Der berechtigte Grundgedanke des Plebiszits. — Anhang. — Sachregister. — Literatur.

Das Passwesen. Von Dr. Hans Wehberg. Staatsbürgerbibliothek Nr. 63. M. Gladbach 1915. Volksvereins-Verlag. Preis 0,40 ℳ.

Grundbegriffe. — Geschichtliches. — Das Passrecht in Deutschland. — Das Passrecht im Auslande. — Anlagen.

Die Verordnungen über die Kriegswochenhilfe nebst Erläuterungen sowie die Kriegsgesetze und Verordnungen zur Krankenversicherung. Soziale Auskunft Nr. 45. Zugleich Nachtrag zur Reichsversicherungsordnung. M. Gladbach 1915. Volksvereins-Verlag. Preis 0,30 ℳ.

Vorschriften über die Kriegswochenhilfe. Bekanntmachungen und Verordnungen von Bundesrat und Reichskanzler.

Geldmarkt und Hypothekenbank-Obligationen. Von Hans Ludwig. München und Leipzig 1915. Verlag von Duncker & Humblot. Preis geh. 4,— ℳ.

Vorwort. — Der Handel in Hypothekenbankobligationen. — Geld- und Anleihemarkt in den Jahren 1905 bis 1909. — Die Bewegungen der Anleihe- und Pfandbriefkurse im allgemeinen. — Einwirkungen besonderer Ereignisse auf Anleihe- und Pfandbriefkurse. — Zusammenhang von Geldmarkt und Umlauf der Hypothekenbankobligationen. — Besonderheiten bei einzelnen Instituten. — Die Kursbewegung der verschiedenen Serien desselben Institutes. — Tabellen. — Literaturverzeichnis.

Bericht des schweizerischen Versicherungsamtes. Die privaten Versicherungsunternehmungen in der Schweiz im Jahre 1913. Veröffentlicht auf Beschluss des schweizerischen Bundesrates. 28. Jahrgang. Bern 1915. Kommissionsverlag A. Francke. Preis 3 ℳ.

Einleitung. — Lebensversicherung. — Unfallversicherung. — Feuerversicherung. — Glasversicherung. — Wasserleitungsschäden. — Einbruchsdiebstahl- und Kautionsversicherung. — Kreditversicherung. — Viehversicherung. — Hagelversicherung. — Transportversicherung. — Rückversicherung. — Statistische Tabellen. Rechtsdomizile. — Verzeichnis der Versicherungsgesellschaften und ihrer Generalbevollmächtigten. — Bundesgesetz, betreffend die Beaufsichtigung von Privatunternehmungen im Gebiete des Versicherungswesens. Erlasse, die mit dem Aufsichtsgesetz im Zusammenhang stehen. — Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag. — Verordnung, betreffend die Pfändung, Arrestierung und Verwertung von Versicherungsansprüchen.

Der Staat und die Elektrizitätsversorgung. Von Dr. Ing. Gustav Siegel. Mit einem Vorwort von Geh. Baurat Dr. E. Rathenau. Sonderabdruck aus den „Preussischen Jahrbüchern". Berlin 1915. Verlag von Georg Stilke, Hofbuchhändler Sr. K. und K. Hoh. des Kronprinzen. Preis 0,50 ℳ.

Paritäts- und Rentabilitätstabellen nebst einer Zinstabelle. Herausgeber Paul Theimer, Prokurist der k. k. priv. Bank- und Wechselstuben-Actien-Gesellschaft „Merkur" Filiale Prag. Prag 1915. Selbstverlag des Verfassers. Preis 4 K., 3,50 ℳ., 5 Frcs.

Paritäts-Tabellen zur Ermittlung des Paritätskurses für die Währung eines jeden Platzes an sämtlichen anderen Plätzen, welche Kurse für einen festen Betrag der fremden Währung notieren. — Rentabilitätstabellen zur Ermittlung der Rentabilität von in Prozenten notierten, festverzinslichen Wertpapieren. — Zinstabelle zur Berechnung der Zinsen für jeden beliebigen Betrag, Zeitraum und Zinsfuss.

Handelshochschule Berlin. Verzeichnis des Personals und der Studierenden. Sommersemester 1915.

Verwaltung und Lehrkörper. Studentenschaft. — Statistik des Besuchs der Handels-Hochschule. — Zur Kenntnis.

Handelshochschule zu Leipzig. 17. Jahresbericht. Im Auftrage des Senats der Handelshochschule erstattet von Studiendirektor Prof. Dr. Adler. Leipzig 1915. Verlag von Hesse & Becker. Preis 0,40 ℳ.

Ehrentafel für die im Felde gefallenen Studierenden. — Feldzugsauszeichnungen für Angehörige der Handelshochschule. — Allgemeines. — Senat. — Studiendirektor. — Immatrikulationsausschuss. — Prüfungskommission. — Finanzausschuss. — Stipendienausschuss. — Bibliotheksausschuss. — Lehrkörper, Vorlesungen, Uebungen. — Krankenkasse. — Buchhaltung. — Kanzlei und Kasse. — Verzeichnis der Studierenden, die im Prüfungsjahre 1914/15 die Prüfung bestanden haben. — Verzeichnis der Studierenden im Sommersemester 1914. — Verzeichnis im Wintersemester 1915. — Uebersichten. — Wohnungsverzeichnis. —

Von der Feldpost zur Postreform. 1. Postfreiheit. 2. Die Weltformatpostkarte. Zwei Anregungen von Dipl.-Ing. W. Speiser. Kladno in Böhmen. Leipzig 1915. Kommissionsverlag von Carl Ernst Poeschel. Preis 0,80 ℳ.

Handbuch der Kunstwissenschaft. Herausgegeben von Univ.-Prof. Dr. Fritz Burger, München, in Verbindung mit den Univ.-Professoren Dr. Brinckmann-Karlsruhe, Curtius-Erlangen, Egger-Graz, Grisebach, Herzfeld, Hildebrandt und Wulff-Berlin, Jantzen-Halle, Diez und Neuwirth-Wien, Pinder-Darmstadt, Graf Vitzthum-Kiel, Wackernagel-Leipzig, Weese-Bern, Willich

und Oberbibliothekar Leidinger-München. Mit ca. 4000 Abbildungen. In Lieferungen zum Subskriptionspreise à 1,50 *M.* (Akademische Verlagsgesellschaft, Neubabelsberg). Lieferung 17. Prof. Pinder-Darmstadt: Die deutsche Plastik der Renaissance.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Begründet von Julius Wolf. Fortgeführt von Dr. Ludwig Pohle, Prof. der Staatswissenschaften an der Universität Frankfurt a. M. Heft 7. Neue Folge VI. Jahrgang. Leipzig 1915. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung, Werner Scholl. Preis vierteljährlich 5,— *M*, Einzelheft 2,— *M*. Monatlich 1 Heft.

Ueber die wissenschaftlichen Voraussetzungen der Freirechtsbewegung I. Von M. Salomon — Gesetzliche Regelung des Verdingungswesens. Von Gauss. — Neue Beiträge zur Frage der Kapitalsanlage im Auslande III (Schluss). Von P. Arndt.

Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung. Herausgegeben von E. Schmalenbach. Professor der Handelstechnik an der Handelshochschule Köln. 9. Jahrgang. Heft 11/12. Leipzig 1915 Verlag G. A. Gloeckner. Bezugspreis für das Halbjahr 6.— *M*.

Die Organisation einer Kur- und Seebade-Aktiengesellschaft. Von Paul Damme-Etienne (Schluss). — Die Verwaltungsabteilungen und die Betriebsbuchhaltung einer Provinzial-Aktienbank mit 80 Angestellten. Von Georg Otto.

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis. Mit dem Beiblatt „Der Kaufmann und das Leben". 8. Jahrgang. Heft 5. Leipzig 1915. Verlag Carl Ernst Poeschel. Bezugspreis vierteljährlich 3,50 *M*.

Rede über Egoismus und Pflichtgefühl. Gehalten von Prof. Dr. Nicklisch, Mannheim. — Rabattsysteme im Detailhandel. Von Joh. Kempkens, Metz. — Ueber Rechnungsprobleme. Von Schulrat Hans Belohlawek, Linz a. D. — Handelsgebräuche und Konventionsbedingungen. Von Dr. jur. et. rer. pol. Bruno Birnbaum, Berlin. — Wirtschaftliche Erneuerungen und Wandlungen während und nach dem Kriege. Von Ludwig Bernhaus. — Die Bagdadbahn im Weltkrieg. Von Dr. Richard Henning, Berlin-Friedenau. — Zur Frage der Dampfersubventionen (Schluss). Von Willy Ross, Hamburg. — Handel, Handelsgüter und Handelsgebräuche nach den napoleonischen Kriegen in Europa.

Wirtschaftliche Monatsberichte. Herausgegeben von Richard Calwer. 9. Jahrgang. Nr. 6. Juni. Berlin W 50, Prager Str. 30. Bezugspreis 15,— *M* im Vierteljahr.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Alle vierzehn Tage ein Heft. Berlin. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis für das Heft 50 Pfge.

Heft 14. Die englische Psychose. Von Wilhelm Jansson. — Die Amerikanoten. Von Max Schippel. — Die Gewerkschaften und das Vereinsrecht. Von Dr. Hugo Heimann. — Unser Frauenzentralorgan. Von Wally Zeppler. — Friedensarbeit am deutschen Volke. Von Felix Linke.

Heft 15. Wo stehen wir jetzt? Von Dr. Joseph Bloch. — Parteizersplitterung oder Volkseinheit. Von Dr. Hugo Lindemann. — Die deutschen Gewerkschaften im Kriegsjahr. Von Robert Schmidt. — Das Problem der halben Arbeitskraft. Zur Versorgung der Kriegsinvaliden. Von Edmund Fischer. — Perez. Von Dr. Raphael Seligmann. — Ein Kapitel deutschen Organisationstalentes. Von Friedrich Weinländer.

Internationale Rundschau. 1. Jahrgang. Zürich 1915. Druck und Verlag vom Art. Institut Orell Füssli. Preis für das Heft 50 Pfge.

Heft 2. Der Weg zum Frieden. Geh.-Rat Lujo Brentano, Baron F. Wrangel, Dr. Cl. Thaer. — Der Krieg und die Soziale Frage. Von Prof. Charles Gide. — Der Irrtum des Generals von Bernhardi. Von Dr. L. M. Hartmann. — Parlament und auswärtige Politik. Von Arthur Ponsonby. — Dokumente der Menschlichkeit.

Heft 3. Zehn Jahre geheimer Diplomatie. Von E. D. Morel. — Der Weg zum Frieden. Von Prof. Dr. Schücking, Cecil C. Palmer. — Maurice Barres. Von Andre Germain. — Zur Verständigung. Von A. Messer, (Giessen). — Ein Brief von Romain Rolland. — Briefe einer Deutsch-Französin. Von Anette Kolb.

Heft 4. Gerechtigkeit in Kriegszeiten. Von Berntrand Russel. — Die Ethik des Krieges. Von Eduard Westermarck. — Der Krieg und der Hass. Von H. Gomperz. — Morgenröte. Von Said-Ruete. — Die Verletzung der Gemüter. Von Oda Olberg. — Zum Briefe Romain Rollands. Von Axel von Fielitz. — Dokumente der Menschlichkeit. — Ein Engländer über Bedier.

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. In Verbindung mit Prof. Dr. Georg Cohn, Göttingen, Oberverwaltungsgerichtsrat Prof. Dr. F. v. Martitz, Berlin Kaiserl. Unterstaatssekretär z. D. Prof. Dr. F. v. Mayr, München, Prof. Dr. A. Voigt, Frankfurt a. M., Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. A. Wagner, Berlin, Dr. Freiherr v. Weichs, Ministerialrat am k. k. Handelsministerium Wien, herausgegeben von Dr. K. Bücher, o. Prof. an der Universität Leipzig. 71. Jahrgang 2. Heft. Tübingen 1915. Verlag der H. Lauppschen Buchhandlung. Preis für das Heft 5,— *M*.

Die Rechts- und Staatsphilosophie Schopenhauers. Von Bovensiepen. — Besitz und Betriebsverhältnisse in der ostelbischen Landwirtschaft. Von Kuno Waltemath. — Kraftaufspeicherung und Kraftanwendung. Von Ernst Schultze. — Die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen und Depositenkassen. Von Walter Hoffmann. — Die Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im deutschen Buchdruckgewerbe. Von Robert Kootz.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. In Verbindung mit Werner Sombart und Max Weber. Herausgegeben von Edgar Jaffe. 39. Band, 3. Heft. Tübingen 1915. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Krieg und Wirtschaftsverfassung. Von Dr. Erwin Szabo, Budapest. — Internationale Verbindung der Gewerkschaften. Von Dr. Adolf Braun, Nürnberg. — Ueber Individualismus und Solidarismus in der kapitalistischen Konzentration. Von Dr. Eduard Heimann, Heidelberg. — Die Gesetzmässigkeit in der Bewegung der Bevölkerung. Von Prof. Dr. Toennies, Eutin (Schluss). — Graphische Methode in der theoretischen Oekonomie dargestellt in Anlehnung an das Tauschproblem. Von Dr. Walter G. Waffenschmidt, Schallstadt.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Begründet von Bruno Hildebrandt, Fortgesetzt von Johannes Conrad. Herausgegeben von Dr. Ludwig Elster, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat in Berlin, in Verbindung mit Prof. Dr. Edg. Loening, Halle, und Prof. Dr. Waentig, Halle. — 105. Band, III. Folge, 50. Band. Jena 1915. Verlag von Gustav Fischer, Preis 24,— *M* für den Band (6 Hefte), 5,— *M* für das Einzelheft.

1. Heft. Crüger, Die deutschen Genossenschaften während des Krieges. — Brinkmann, Die Entstehung der Staatswirtschaftslehre. — Müller, Die durch den Krieg hervorgerufenen Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen usw., soweit sie im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden sind (Fortsetzung). — Kürten, Einkommen und Wohlstand der Haushaltungen in Sachsen. — Zehrfeld, Die Kriegseheschliessungen. — Köppe, Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1915. — Jaroslaw, Zur Kultivierung des Oedlandes.

2. Heft. Crüger, Die deutschen Genossenschaften während des Krieges (Schluss). — Timerding, Die Ableitung der Formel für den natürlichen Arbeitslohn bei I. H. v. Thünen. — Müller, Die wirtschaftliche Gesetzgebung der deutschen Bundesstaaten im Jahre 1914. — Diehl, Die dänische Kriegsgewinnsteuer vom Jahre 1915. — Wirminghaus, Die neueren Ergebnisse der deutschen Konkursstatistik. — Schlossmann, Die Kindersterblichkeit in den deutschen Fürstenhäusern im XIX. Jahrhundert und ihre Beeinflussung durch die Fortschritte der Hygiene. — Helander, Das Inflationsproblem im Kriege.

Die Bank. Monatsschrift für Finanz- und Bankwesen. Herausgeber Alfred Lansburgh, Berlin 1915.

Bank-Verlag. Preis des Einzelheftes 1,50 ℳ, im Quartal 4,— ℳ (Ausland 4,50 ℳ).

Heft 7. Die grossen Notenbanken im Dienste der kriegführenden Staaten II. Von Alfred Lansburgh. — Der Kapitalzins und seine Schwankungen I. Von Dr. Alfred de Claparede. — Die neueste Literatur des Bankwesens. Von A. L. — Das Stickstoffmonopol. Von Ludwig Eschwege.

Heft 8. Die grossen Notenbanken im Dienste der kriegführenden Staaten II. Von Alfred Lansburgh. — Der Kapitalzins und seine Schwankungen II. Von Dr. Alfred de Claparede. — Das Hypothekenbankgesetz in seiner geschichtlichen Entwicklung und seinen wichtigsten Grundbestimmungen. Von Geh. Reg.-Rat Dr. Seidel — Aktionärvertretung. Von Ludwig Eschwege.

Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-Wissenschaft. Herausgegeben vom Deutschen Verein für Versicherungs-Wissenschaft. Schriftleitung: Prof. Dr. Alfred Manes. Berlin 1915 5. Heft. Verlag von E. S. Mittler & Sohn. Preis 20,— ℳ pro Band (6 Hefte), 4,— ℳ pro Heft.

Broecker, Voraussichtliche Wirkungen des Krieges auf die Lebensversicherung. — v. Franckenberg, Kriegsfürsorge durch Sozialversicherung. — Stoecker Die Gewöhnung an Unfallfolgen. — Schneider, Sturm- und Sturmflutschädenversicherung. — Abel, Die Versicherung nicht normaler Leben auf Grund neuzeitlicher Rechnungsgrundlagen und der Ergebnisse von Spezialuntersuchungen (Schluss). — Wehberg, Versicherungsmonopol und Internationalismus.

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Herausgegeben von Friedrich Thimme und Carl Legien. Leipzig 1915. Verlag von S. Hirzel. Preis 3.— ℳ.

Prof. Dr. Hermann Oncken, Die Deutschen auf dem Wege zur einigen und freien Nation. — Gustav Noske, Der Krieg und die Sozialdemokratie. — Geheimrat Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Sozialdemokratie und Machtpolitik. — August Winnig, Der Krieg und die Arbeiter-Internationale. — Geheimrat Prof. Dr. Gerhard Anschütz, Gedanken über künftige Staatsreformen. — Philipp Scheidemann, Zur Neuorientierung der inneren Politik. — Stadtrat Paul Hirsch, Gemeindeverfassung. — Stadtrat Prof. Dr. Ernst Francke, Die Mitwirkung der Arbeiter an den öffentlichen Aufgaben in Deutschland. — Carl Legien, Die Gewerkschaften. — Prof. Dr. Edgar Jaffe, Die Vertretung der Arbeiterinteressen im neuen Deutschland. — Dr. Hugo Heinemann, Vom Arbeiterrecht nach dem Kriege. — Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, Verbrauchswirtschaft und Arbeiterbewegung nach dem Kriege. — Dr. Paul Lensch, Die Neugestaltung der Wirtschaftsordnung. — Prof. Dr. Ferdinand Tönnies, Die Sozialpolitik nach dem Kriege. — Robert Schmidt, Neue Wege in der Sozialpolitik. — Geheimrat Prof. Dr. D. Ernst Troeltsch, Die Kirchen- und Religionspolitik im Verhältnis zur Sozialdemokratie. — Paul Umbreit, Die Arbeitslosenfürsorge und der Krieg.

Die Naturwissenschaft im Dienste des Krieges. Von Prof. Dr. Marcuse. 13. Heft der Folge „Deutsche Kraft". Berlin 1915, Verlag von Arthur Collignon. Preis 0,50 ℳ.

Telegraphie. — Kompass. — Rundblickfernrohr. — Scheinwerfer. — Sprengstoffe. — Luftschiffe. — Astronomie und Meteorologie. — Flugzeuge. — Unterseeboote.

Die klingende Schelle. Roman von Felix Salten. Berlin 1915. Verlag von Ullstein & Co. Preis 3 ℳ.

Krieg und Geldmarkt. Von Ludwig Bendix. Heft 6 der Folge „Krieg und Volkswirtschaft". Verlag von Leonhard Simion Nf. Jährlich 8 Hefte zum Abonnementspreise von 6 ℳ. Einzelpreis für das Heft 1 ℳ, Doppelheft 2 ℳ.

Krieg und Banken. Von Bankdirektor Dr. Weber, Berlin. Heft 7 der Folge „Krieg und Volkswirtschaft". Berlin 1915. Verlag von Leonhard Simion Nf. Jährlich 8 Hefte zum Preise von 6 ℳ, Einzelheft 1 ℳ, Doppelheft 2 ℳ.

Lazarettbilder. Aus dem Tagebuch der Vorsteherin eines Sanitätsvereins im Kriegsjahre 1870/71. Von Mathilde Weber. 3. Aufl. mit Geleitwort von Generaloberarzt Dr. Migeod. Leipzig 1914. Verlag von Krüger & Co. Preis 0,60 ℳ.

Die landwirtschaftlichen Zustände in Italien. Von Dr. phil. et oec. publ. Rudolf Leonhard. Universitätsprofessor in München. Heft 14 der Beiträge zur staats- und rechtswissenschaftlichen Fortbildung. Hannover 1915. Helwingsche Verlagsbuchhandlung. Preis 1,60 M.

Die Zerstückelung Deutschlands. Diakonische Friedensbestimmungen von Onesime Reclus-Paris. Deutsch von Dr. Paul Brönnle. Mit Geleit- und Schlusswort von Dr. Paul Liman. Leipzig 1915. Verlag von Krüger & Co. Preis geh. 1 M., geb. 1,50 M.

Ein armer König, ein betörtes Volk. — Der grosse Pfuscher (Bismarck). — Warum soviel Blut, soviel rotes Blut. — Vom bösen Nachbarn. — Wie Deutsch-Afrika zu teilen ist. — Man verjagt sie aus Asien und dem Pacific. — Was wird Frankreich in Europa nehmen. — Was erhält Belgien, England, Dänemark, Russland. — Oesterreich verschwindet. — Serbiens Anteil. — Ein nördliches und ein südliches Deutschland. — Die Hinrichtung Preussens. — Was soll Italien haben? — Der Weltfrieden. — Frankreichs unabänderliche Bedingungen.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, **die zweite den Schlusstermin** für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag **der Bekanntmachung** im Reichsanzeiger. Der Ort ist **der** Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die **Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)**

Act.-Ges. Erholung, Crefeld, 6. 10., —, 20. 9. • A.-G. Gasapparat- und Gusswerk, Mainz, 6. 10., 30. 9., 9. 9. • A.-G. Isselburger Huette vormals Johann Nering, Bögel & Cie., Duisburg, 7. 10., —, 30. 8. • A.-G. Metzeler & Co., München, 29. 9., 25. 9., 11. 9. • A.-G. Oberbilker Stahlwerk, vormals C. Poensgen, Giesbers & Cie., Düsseldorf, 9. 10., 6. 10., 15. 9. • A.-G. Osthavelländische Kreisbahnen, Berlin, 28. 9., 25. 9., 11. 9. • A.-G. Ruhr-Lippe-Kleinbahnen, Soest, 7. 10., —, 7. 9. • A.-G. Vereinigte chemische Fabriken (S. T. Morosow, Krell, Ottmann), Berlin, 16. 10., 13. 10., 18. 9. • A.-G. Zuckerfabrik Schroda, Posen, 11. 10., —, 8. 9. • A.-G. der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen, 1. 10., —, 15. 9. • A.-G. für die Gasbeleuchtung von Biebrich-Mosbach, Biebrich, 16. 10., 8. 10., 7. 9. • A.-G. für Grundbesitz, Wohnhausbauten und Grand Hotel Belle-Vue Coblenzer Hof Coblenz, Koblenz a. Rhein, 19. 10., 15. 10, 18. 9. • A.-G. für Fabrikation von Broncewaren und Zinkguss (vormals J. C. Spinn & Sohn, Berlin, 11. 10., 8. 10., 20. 9. • A.-G. für Kur- und Badebetrieb der Stadt Aachen, Aachen, 12. 12., 8. 12., 22. 9. • A.-G. für Zentralheizungen, Berlin, 12. 10., 8. 10., 15. 9. • Actien-Malzfabrik Langensalza, Langensalza, 30. 9., —, 10. 9. • Actien-Malzfabrik Löbau, Löbau i. S., 2. 10., —, 14. 9. • Allgemeine Strassenbaugesellschaft und Kunststeinwerke vormals Paul Schuffelhauer A.-G., Berlin, 8. 10., 4. 10., 17. 9. • Annaburger Steingutfabrik, Berlin, 15. 10., 11. 10., 16. 9.

Bank für Bauten, Dresden, 8. 10., 5. 10., 9. 9. • Berliner Börsen-Courier A.-G., Berlin, 29. 9., —,

13. 9. • Brauerei C. W. Naumann A.-G., Leipzig-Plagwitz, 9. 10., 5. 10., 10. 9. • Justus Christian Braun Premierwerke A.-G. i. Liqu., Nürnberg, 16. 10., 10. 10., 20. 9. • Buchdruckerei Strauss A.-G., Berlin, 20. 10., —, 10. 9.

Christlicher Buch- und Kunstverlag Carl Hirsch A.-G., Zürich, 5. 10., 2. 10., 16. 9. • Continental-Linoleum-Compagnie, Berlin, 4. 10., 30. 9., 13. 9.

Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Dessau, 30. 9., 27. 9., 13. 9. • Deutsche Electricitäts-Werke zu Aachen, Garbe, Lahmeyer & Co. A.-G., Aachen, 2. 10., 26. 9., 13. 9. • Dieckhoffsche Korn- und Wachholder-Brennerei A.-G., Münster i. W., 9. 10., —, 18. 9. • Dörstewitz-Rattmannsdorfer Braunkohlen-Industrie-Gesellschaft, Halle a. S., 4. 10., 30. 9., 16. 9.

Eisenbahngesellschaft Mühlhausen - Ebeleben, Mühlhausen i. Thür., 11. 10., —, 13. 9. • Eisenwerk Nürnberg A.-G., vormals J. Tafel & Co., Nürnberg, 7. 10., 2. 10., 16. 9. • Electr. Ueberland-Centrale Oberhausen A.-G., Freiburg i. Br., 30. 9., 27. 9., 15. 9.

Fabrik für Eisenbahnbedarf Brenne, Haugarter & Cie. A.-G., Cöln, 14. 10., 9. 10., 20. 9.

Gasmotoren-Fabrik Deutz, Cöln, 11. 11., 2. 11., 20. 9. • Gas- und Electrizitätswerke Birnbaum A.-G., Bremen, 12. 10., 9. 10., 21. 9. • Gas- und Electricitäts-Werke Brockau A.-G., Bremen, 12. 10., 9. 10., 21. 9. • Gas- und Electricitätswerke Vaals (Niederlande) A.-G., Bremen, 12. 10., 9. 10., 21. 9. • Gaswerk Gross-Ottersleben A.-G., Bremen, 12. 10., 9. 10., 21. 9. • Gaswerk Strelitz A.-G., Bremen, 6. 10., 2. 10., 6. 9. • Gebr. Schüller A.-G., Chemnitz, 18. 10., —, 18. 9. • Gesellschaft für Buchdruckerei und Zeitungsverlag A.-G., Emmerich, 12. 10., —, 17. 9. • Glas-Versicherungs-A.-G. „Halensia" i. Liqu., Hamburg, 6. 10., —, 18. 9. • Gothaer Waggonfabrik A.-G., Gotha, 9. 10., 5. 10., 11. 9. • Georg Grauert A.-G., Berlin-Stralau, 19. 10., 15. 10., 20. 9.

Habag-Werke A.-G. Hannoversche Brotfabrik, Hannover-Linden, 12. 10., 11. 10., 15. 9. • Hafenmühle in Frankfurt a. Main A.-G., Frankfurt a. M., 5. 10., 2. 10., 10. 9. • Hamburgische Electrizitäts-Werke, Hamburg, 6. 10., 2. 10., 13. 9. • Hermann Herzog & Co. A.-G., Dresden-Altst., 9. 10., 5. 10., 14. 9.

Internationale Kohlenbergwerks-A.-G., Cöln, 5. 10., 1. 10., 13. 9.

Jute-Spinnerei & Weberei, Hamburg, 8. 10., 7. 10., 18. 9.

Kabelwerk Rheydt A.-G., Düsseldorf, 22. 10., 19. 10., 13. 9. • Kalker Maschinenfabrik A.-G., Cöln, 11. 10., 6. 10., 10. 9. • Kammgarnspinnerei Gautzsch bei Leipzig A.-G., Leipzig, 11. 10., —, —, 21. 9. • Kleinbahn Celle-Wittingen A.-G., Celle, 9. 10., —, 21. 9. • Max Kohl A.-G., Chemnitz, 14. 10., 11. 10., 10. 9. • Königsberger Presshefe-Fabrik A.-G., Stettin, 11. 10., 7. 10., 20. 9.

Lausitzer Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin, 30. 9., 27. 9., 13. 9. • Eduard Lingel, Schuhfabrik A.-G. zu Erfurt, Erfurt, 9. 10., 4. 10., 16. 9. • Lolat Eisenbeton A.-G. i. Liqu., Düsseldorf, 8. 10., 3. 10., 13. 9. • Lothringer Lederwerke A.-G. St. Julien, St. Julien b. Metz, 8. 10., 2. 10., 1. 9.

Mannheimer Actiendruckerei A.-G., Mannheim, 6. 10., —, 20. 9. • Moritz Marx Söhne A.-G., Karlsruhe, 9. 10., 5. 10., 13. 9. • Mech. Buntweberei Brennet, Stuttgart, 4. 10., —, 30. 8. • Metallwaren-, Glocken- u. Fahrradarmaturen-A.-G. vormals H. Wissner, Erfurt, 14. 10., 11. 10., 17. 9. • Mitteldeutsche Gas-Gesellschaft A.-G., Bremen, 7. 10., 4. 10., 13. 9.

E. A. Naether A.-G., Zeitz, 8. 10., 5. 10., 15. 9. • Neue Photographische Gesellschaft A.-G., Berlin-Steglitz, 8. 10., 4. 10., 13. 9. • Neusser Papier- und Pergamentpapierfabrik A.-G., Neuss, 14. 10., —, 20. 9. • Nürnberger Viehmarkt-Bank A.-G., Nürnberg, 30. 9., —, 14. 9.

E. F. Ohles Erben A.-G., Breslau, 7. 10., 2. 10., 10. 9. • Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk, Osnabrück, 5. 10., 2. 10., 6. 9.

Plauener Spitzenfabrik A.-G., Plauen, 9. 10., 5. 10., 13. 9. • Prein-Gewebe A.-G., Hannover, 9. 10., 1. 10., 13. 9.

Reichelbräu A.-G., Dresden, 20. 10., 14. 10., 14. 9. • Reiherstieg Schiffswerfte und Maschinenfabrik, Hamburg, 16. 10., 1. 10., 18. 9. • F. F. Resag Act.-Ges., Berlin, 21. 10., 27. 9., 10. 9. • Rheinisch-Westfälisches Electricitätswerk A.-G., Essen-Ruhr, 22. 10., 18. 10., 16. 9. • Rheinische Seidenweberei A.-G. i. Liqu., Viersen, 6. 10., —, 14. 9. • Rheinische Stahlwerke Duisburg-Meiderich, Duisburg-Meiderich, 14. 10., 9. 10., 18. 9. • David Richter A.-G., Chemnitz, 9. 10., 5. 10., 15. 9. • Robschützer Papierfabrik, Meissen, 27. 9., —, 10. 9. • Ronneburger Kammgarnweberei Franz Bär & Becker A.-G., Ronneburg S.-A., 5. 10., 1. 10., 14. 9.

Saardruckerei, Saarbrücken, 4. 10., 29. 9., 13. 9. • Sächsische Plüsch- und Krimmer-Fabrik A.-G., Elsterberg, 9. 10., 4. 10., 13. 9. • Südharz-Eisenbahn-Gesellschaft, Stöberhai a. H., 2. 10., 28. 9., 11. 9.

Gustav Schaeuffelensche Papierfabrik, Heilbronn a. N., 5. 10., —, 16. 9. • Schleipen & Erkens A.-G., Papier- und Pergamentpapierfabriken, Jülich, 30. 9., 26. 9., 13. 9. • Schlossfabrik A.-G. vormals Wilhelm Schulte, Düsseldorf, 9. 10., 5. 10., 14. 9.

Stahl & Nölke A.-G. für Zündwarenfabrikation, Cassel, 14. 10., 10. 10., 20. 9. • Stettiner Electricitätswerke A.-G., Stettin, 15. 10., 11. 10., 18. 9. • Strassburger Druckerei und Verlagsanstalt vormals R. Schultz & Co. A.-G., Strassburg i. E., 5. 10., 3. 10., 13. 9.

Teutoburger Wald - Eisenbahn - Gesellschaft, Gütersloh, 15. 10., 11. 10., 14. 9. • Friedrich Thomée A.-G., Werdohl, 2. 10., —, 10. 9. • Thüringer Malzfabrik Grossengottern A.-G., Grossengottern, 3. 10., 2. 10., 14. 9. • Thüringer Malzfabrik, Schloss Thamsbrück A.-G., Thamsbrück, 11. 10., —, 20. 9. • Tüll- und Gardinen-Weberei A.-G., Chemnitz i. Sa., 2. 10., —, 11. 9.

Ueberlandzentrale Belgard A.-G., Belgard a. Pers., 11. 10., 6. 10., 6. 9. • Ungemach A.-G., Els. Conserven-Fabrik & Import-Gesellschaft, Strassburg i. Els., 30. 9., 27. 9., 14. 9.

Vereinigte Chemische Werke A.-G., Berlin, 15. 10., 11. 10., 16. 9. • Vereinigte Farbwerke A.-G., Cassel, 11. 10., 8. 10., 17. 9. • Vereinigte Fenner Glashütte und Glasfabrik Dreibrunnen Hirsch & Hammel A.-G., Frankfurt a. M., 9. 10., 3. 10., 3. 9. • Vereinigte Gummiwaarenfabriken Harburg-Wien vormals Menier - J. N. Reithoffer, Harburg a. d. E., 16. 10., 10. 10., 21. 9. • Vereinigte Schloss- und Neumühlenwerke A.-G., Eilenburg, 14. 10., 10. 10., 16. 9. • Vereinigte Tabakindustrie A.-G., Hamburg, 9. 10., 6. 10., 15. 9. • Villengelände Zehlendorf-Süd-A.-G., Berlin, 7. 10., 4. 10., 27. 8. • Vogt & Wolf A.-G., Gütersloh, 8. 10., 5. 10., 17. 9.

Westf. Stanz- & Emaillirwerke A.-G. vormals J. H. Kerkmann, Hamm, 6. 10., 1. 10., 15. 9. • Wilhelmshütte A.-G. für Maschinenbau und Eisengiesserei, Eulau-Wilhelmshütte, 9. 10., 4. 10., 10. 9. • Wittlager Kreisbahn-A.-G., Bohmte, 6. 10., —, 4. 9. • Wohnungsbau-A.-G., Stuttgart, 9. 10., 5. 10., 13. 9.

Zahnräderfabrik Augsburg vormals Joh. Renk (A.-G.), Augsburg, 12. 10., 9. 10., 17. 9. • Zuckerfabrik Alt-Jauer, Alt-Jauer, 27. 9., —, 11. 9. • Zuckerfabrik Neu-Schönsee Schönsee (Wpr.), 30. 9., 27. 9., 14. 9. • Zwickauer Warenvermittelungs-Act.-Ges., Zwickau, 26. 9., —, 11. 9.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Curt Eisfeld in Berlin.